

# ***Zukunftsfähig wirtschaften für nachhaltigen Wohlstand - Rahmen setzen für die sozial-ökologische Marktwirtschaft***



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 17.11.2019  
Tagesordnungspunkt: WKf Wirtschaft, Klima, Finanzen

## **Antragstext**

- 1 Unser Wirtschaftssystem und unser Wohlstandsverständnis stehen vor dramatischen
- 2 Veränderungen. Dabei geht es um viel mehr als um eine konjunkturelle Flaute nach Jahren des
- 3 Booms. Viele der heutigen strukturellen Anreize zu produzieren, zu handeln und zu
- 4 konsumieren, stellen uns vor ökologische Probleme dramatischen Ausmaßes und befeuern sozial-
- 5 ökonomische Verteilungskrisen. Es geht um sehr grundsätzliche Herausforderungen.
- 6 Ein ungezügelter Natur- und Ressourcenverbrauch, die Abhängigkeit von Exportüberschüssen,
- 7 eine unzureichend regulierte Globalisierung, die Krise der Care-Arbeit, fehlende
- 8 Investitionen in die Zukunft: Die Krisen verdeutlichen, dass unser angestammtes
- 9 Wirtschaftsmodell so nicht mehr funktioniert. Der liberale Ökonom Nicolas Stern hat zu Recht
- 10 festgestellt: „Der Klimawandel ist der größte Fall von Marktversagen, den die Welt je
- 11 gesehen hat.“
- 12 Die enormen Wohlstandsgewinne kommen bei zu vielen nicht an und die Ungleichheit nimmt zu.
- 13 Globale Konzerne, die sich nationaler Rechtsetzung entziehen, und Finanzmärkte, die an
- 14 Stelle demokratischer Politik entscheiden, unter welchen Bedingungen wir Menschen leben. Das
- 15 alles höhlt nicht nur die Grundlagen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens aus und gefährdet
- 16 bei uns und in vielen anderen Ländern immer stärker das Vertrauen in demokratische Politik.
- 17 Es zerstört auch die ökonomischen Grundlagen unserer Gesellschaft. Gleichzeitig erschüttern
- 18 globale Handelskonflikte die Weltwirtschaft und die multilaterale Weltwirtschaftsordnung.
- 19 Der drohende Brexit sorgt zusätzlich für Verunsicherung in der EU. Das hat Folgen. Nach
- 20 Jahren des Booms zeichnet sich in Deutschland ein ernsthafter Abschwung der Konjunktur ab.
- 21 Jede Generation hat ihre Aufgabe. Wohlstand als Frage der Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit
- 22 neu zu definieren und die Politik darauf auszurichten, ist unsere.. Wir müssen jetzt den Mut
- 23 haben, weitreichende Entscheidungen zu treffen, dafür leidenschaftlich in der ganzen Breite
- 24 der Gesellschaft zu werben und nicht verzagt nur in Trippelschritten zu denken. .
- 25 Übergeordnetes Ziel ist eine ökologisch nachhaltige, gerechte und emanzipatorische Welt.
- 26 Diese drei Dimensionen sind Richtschnur für die Bewertung der Zukunftsfähigkeit unseres
- 27 Wirtschafts- und Finanzsystems. Sie bedingen einander und dürfen nicht gegeneinander
- 28 ausgespielt werden. Wir sind dabei nicht blind für Zielkonflikte, die in demokratischen
- 29 Aushandlungsprozessen gelöst werden müssen.

Konzepten wie „Wachstum“, „Effizienz“, „Wettbewerb“ und „Innovation“ wird derzeit ein Selbstzweck zugestanden, anstatt sie als das zu betrachten, was sie sein sollten: Mittel zur Erreichung von Wohlstand und Lebensqualität innerhalb der planetaren Grenzen. Wir aber wollen die fundamental wichtigere Debatte um gesellschaftliche Ziele führen, denen diese Mittel unterzuordnen sind. So wollen wir auch individuelle und gesellschaftliche Freiheit neu beleben.

Richtig ausgestaltet schaffen wir die Grundlagen dafür, dass notwendige Innovationen in Europa entwickelt und marktfähig gemacht werden und damit zukunftsfähige neue Arbeitsplätze im Handwerk, in Startups, in der Dienstleistungsbranche und auch in traditionsreichen Industrieunternehmen entstehen. Dazu gehören auch massive Investitionen, öffentlich wie privat, um den immensen Investitionsstau in unserem Land zu begegnen, um mit Produktivität und neuen Ideen die immensen Aufgaben beim Klimaschutz schnell und entschlossen anpacken zu können.

Wir streben ein Wirtschafts- und Finanzsystem an, das die planetaren Grenzen einhält und gleichzeitig menschliche Entfaltung garantiert – und zwar weltweit, über Grenzen hinweg und für zukünftige Generationen. Ein zentrales Mittel dafür ist die **sozial-ökologische Neubegründung der Marktwirtschaft**. Sie ist das Gegenmodell zu einem ungeregeltem Kapitalismus und einem autoritären Staatskapitalismus. Für dieses zukunftsfähige Modell der Marktwirtschaft ist mit der Gemeinwohlorientierung des Eigentums bereits die Grundlage gelegt. Art. 20a GG verpflichtet zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Die Sozialpflichtigkeit des Eigentums in Art. 14 Abs. 2 GG umfasst daher auch die Verpflichtung auf die Einhaltung ökologischer Leitplanken. Wir streben ein Wirtschafts- und Finanzsystem an, das die planetaren Grenzen einhält und gleichzeitig menschliche Entfaltung garantiert – und zwar weltweit, über Grenzen hinweg und für zukünftige Generationen.

Den Weg dahin bereitet ein **Green New Deal**. Er schafft den neuen Ordnungsrahmen für faires, ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften. Er investiert mutig in die Zukunft. Er setzt neue Kräfte für Kreativität und Innovationen frei. Er sorgt für sozialen Ausgleich und soll zur Geschlechtergerechtigkeit beitragen. Er schafft die Grundlagen für einen nachhaltigen Wohlstand, der nicht auf der Ausbeutung der Natur und einer fossilen Wirtschaftsweise basiert, sondern den Mensch in den Mittelpunkt stellt.

Wir sind überzeugt, dass das freie und kreative Handeln von Menschen und die Dynamik eines fairen Wettbewerbs und gesellschaftlicher Kooperation nachhaltigen Wohlstand und innovative Problemlösungen schaffen können. Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, bietet die Marktwirtschaft beste Voraussetzungen für sozial-ökologisches Wirtschaften. Die Kräfte von Märkten und Kapital können beeindruckend sein - sie haben unsere Gesellschaften und unseren Planeten in den letzten Generationen fundamental verändert. Märkte können Bedürfnisse und Fähigkeiten in komplexen Gesellschaften zusammenbringen und viele Menschen konnten sich so aus absoluter Armut befreien. Auch können Marktmechanismen zur Lösung mancher gesellschaftlicher Probleme beitragen. Doch andererseits können sie auch große Destruktivkräfte entwickeln: Anreize zur Ausbeutung nicht-erneuerbarer, zur Übernutzung nachwachsender Rohstoffe sowie zur Ausbeutung der Arbeitskraft von Menschen gehen zu

## Lasten

- 71 von Ökosystemen und dem Wohl der Weltgemeinschaft. Konzentrationstendenzen auf Märkten  
72 verkehren ihre positiven Aspekte ins Gegenteil.
- 73 Märkte funktionieren nur mit klaren Leitplanken. Doch dafür braucht es den gesamten  
74 Instrumentenkasten aus Steuern-, Abgaben- und Ordnungsrecht sowie intelligenter öffentlicher  
75 Forschungs- und Förderpolitik. Wir wollen die Leitplanken im Markt so setzen, dass er  
76 zukunftsfähige Ergebnisse produziert. Im Wettbewerb soll erfolgreich sein, wer übergeordnete  
77 gesellschaftliche Ziele nicht konterkariert, sondern sie durch die dezentrale Suche nach den  
78 effizientesten Angeboten für Bedarfe befördert. Wir wollen die Besteuerung vom Faktor  
79 „Arbeit“ auf die Faktoren „Ressourcen“ und „Kapital“ verlagern sowie externalisierte Umwelt-  
80 und Sozialkosten internalisieren und damit in die Unternehmensbilanzierung ökologische und  
81 soziale Werte einpflegen.
- 82 Der Markt kann allerdings nicht das alleinige Organisationsprinzip für das Wirtschaften in  
83 einer Gesellschaft sein. Ein Großteil menschlicher Wirtschaftsbeziehungen erfolgt jenseits  
84 von Märkten – über den Staat, in Haushalten oder gemeinschaftlich organisierten Bereichen.  
85 Innovation und die Durchsetzung bester Ideen gibt es auch in kooperativen Systemen außerhalb
- 86 kapitalistischer Märkte. Produktion und Eigentum kann auch in anderen Formen jenseits von  
87 Markt und Staat organisiert werden, etwa in Genossenschaften. Dazu bedarf es eine aktive  
88 Förderung solcher Alternativen und eine Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen  
89 für ihre Ausweitung und Absicherung.
- 90 Technologische Entwicklung ist ein wesentlicher Baustein, um die genannten Ziele zu  
91 erreichen. Statt eines blinden Strebens nach technischen Innovationen wollen wir diese  
92 werte- und zielgeleitet gestalten und entsprechend fördern. Wir Grüne wollen einen  
93 Fortschritt, der sich nicht an der bloßen Anzahl technischer Innovationen festmacht, sondern  
94 daran, dass es eine konkrete Verbesserung der Lebensbedingungen für die Menschen und des  
95 Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen gibt.
- 96 Ein Green New Deal, der die planetaren Grenzen unserer Erde einhält, erfordert radikales  
97 Umsteuern und die Bereitschaft zu einem Kulturwandel, der Entfaltung nicht mit Konsum  
98 gleichsetzt, sondern Freizeit, Bildung, Familie, Gemeinschaft und Gesundheit aufwertet.
- 99 Die Aufgabe besteht darin, die all diese Allokations- und Kooperationsprozesse der Zukunft  
100 so auszurichten, dass sie den Menschen und der Natur dienen. Eigentum verpflichtet. Im  
101 Mittelpunkt unser Wirtschaftspolitik stehen, nicht die Gewinne Einzelner, sondern das  
102 Wohlergehen aller Bürger\*innen und der Schutz der Umwelt. Dafür braucht es eine Politik, die  
103 beherzt vorangeht. Wenn wir es gut machen, können wir die großen Herausforderungen jetzt  
104 nutzen, um unsere Wirtschaft in Deutschland und in Europa auf Zukunft, Gemeinwohl und  
105 nachhaltigen Wohlstand zu drehen. Deutschland kann hier eine Vorreiterrolle einnehmen und  
106 vorleben, dass menschliche Entfaltung unter Einhaltung der planetaren Grenzen möglich ist.
- 107 Es wird gelingen
- 108 Unser Anspruch ist, dass Menschen sich entlang ihrer Vorstellungen in Freiheit und Würde  
109 entfalten können. Das erfordert ein Wirtschaftssystem, das Unternehmensgeist ebenso fördert  
110 wie es die Rechte von Beschäftigten schützt, nachhaltigen Wohlstand schafft, auf globale  
111 Gerechtigkeit zielt, die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern überwindet und

gleichzeitig mit starken sozialen Institutionen Gerechtigkeit und Sicherheit garantiert. Eine starke und zukunftsfähige Wirtschaft, starke staatliche Institutionen und ökologische Leitplanken sowie ein starkes soziales Netz sind deshalb Grundbedingungen für die sozial-ökologische Marktwirtschaft. Es bedarf auch einer ökonomischen Bildung für nachhaltige Entwicklung, um diese Transformation zu realisieren und die Menschen zu befähigen, an der Umsetzung der Ziele einer nachhaltigen Entwicklung lokal, national und global mitzuwirken. Was Unternehmen, Arbeitnehmer\*innen und Verbraucher\*innen nicht brauchen, ist eine wankelmütige Politik, die (zu) spät ihre Unterlassungen korrigiert und dann in hektischen Aktionismus verfällt. Was sie brauchen, ist ein berechenbarer Weg in eine grundlegend neue Welt.

Für Deutschland ist die Überwindung des Kohle- und Öl-Zeitalters ein entscheidender, ja ein schicksalhafter Moment. Automobil, Chemie und Maschinenbau waren die Säulen des Erfolges der deutschen Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten, aber sie müssen sich neu erfinden, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Dabei kann die deutsche Industrie auf das bauen, was sie – und vor allem den Mittelstand – stark gemacht hat: ihre Ingenieurskunst, ihre Kreativität, das mittelständische Tüftlertum, die Sozialpartnerschaft mit den Gewerkschaften und ihre europäische und globale Orientierung.

Der Green New Deal für eine sozial-ökologische Neubegründung der Marktwirtschaft wird dann erfolgreich sein, wenn er auf ein neues Bündnis aus Arbeit und Umwelt setzt. Ohne die Beteiligung von Beschäftigten, Betriebsrät\*innen und Gewerkschaften, ohne ihre Perspektive, ihren immensen Wissensschatz und ihre Wirkmacht in Unternehmen gelingt der Aufbau einer gemeinwohlorientierten Wirtschaftsordnung nicht. Wir wollen mit den Beschäftigten Seit an Seit für den Wandel kämpfen.

Viele Unternehmen machen sich bereits auf den Weg dahin. Mittelständler\*innen schalten ihre Produktion auf Klimaneutralität um, Finanzinstitute entziehen sich dem Geschäft mit fossilen Energien, IT-Unternehmen setzen auf Erneuerbare und Großkonzerne erweitern grüne Produktportfolios. Die Industrie verlangt bereits ein überzeugendes, ökologisches Modernisierungsprogramm für Deutschland. Die Technologien, Innovationen und Ideen sind da. **Die Politik muss jetzt liefern.** Eine teils noch schweigende, immer lauter werdende Mehrheit ist für eine positive, sozial-ökologische Gesellschaftsvision. Diese wollen wir in politisches Gewicht ummünzen und werden den engen Schulterschluss mit Wirtschaftsvertreter\*innen, Bürgerbewegungen, Studierendenorganisationen, Gewerkschaften und kritischen Forscher\*innen suchen. Wir werden uns konsequent gegen die Kräfte behaupten, die einer Transformation entgegen stehen.

Mit folgenden Maßnahmen wollen wir den Weg in eine sozial-ökologische Transformation ebnen:

## 1. Ein neuer Wohlstandsbegriff

Um den universalen Anspruch der Menschen auf Würde, Freiheit und Glücksstreben innerhalb der planetaren Grenzen zu erfüllen, brauchen wir eine andere Form, Wohlstand zu messen. Unser heutiges Wirtschafts- und Sozialsystem ist darauf angewiesen, dass die Wirtschaft stetig wächst. Wächst sie nicht, drohen im heutigen System Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit,

152 geraten Staatshaushalt und Sozialversicherungen ins Ungleichgewicht und es verschärfen sich  
153 gesellschaftliche Verteilungskonflikte. Klar aber ist: Ein ökologisch blindes  
154 Wirtschaftswachstum und die ökologische Begrenztheit unseres Planeten stehen miteinander im  
  
155 Konflikt. **Dazu werden wir sowohl Wohlstand von Wachstum als auch Wachstum soweit  
möglich von**  
156 **Ressourcenverbrauch entkoppeln.** Wirtschaftswachstum ist nicht per se das Problem – der  
damit  
157 einhergehende Verbrauch natürlicher Ressourcen, die Überlastung natürlicher Senken - wie zum  
  
158 Beispiel Ozeane und Wälder - und die Ausbeutung billiger Arbeitskraft schon.  
  
159 Maßgeblich ist daher, nach Maßgabe globaler Tragfähigkeitskriterien sowie ökologischer  
160 Regenerations- und Belastungsgrenzen, dem ökonomischen Prozess Vorgaben für den  
maximalen  
161 Verbrauch an nachwachsenden Ressourcen und die Inverkehrbringung fossiler Ressourcen zu  
162 machen. Deswegen müssen wir unsere Systeme darauf vorbereiten auch  
wachstumsunabhängig  
163 stabil zu bleiben.  
  
164 Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist schon heute ein schlechter Indikator für Wohlstand und  
165 Lebensqualität, es ist blind für die sozialen Folgen und die ökologischen Schäden unseres  
166 Wirtschaftens. So werden etwa der Abbau von Ressourcen und die Zerstörung von Natur- und  
167 Sozialkapital im BIP überhaupt nicht berücksichtigt. Während Unternehmen beispielsweise den  
168 Rückgang von eigenen Bodenschätzen den Gewinnen gegenüberstellen und Abschreibungen  
169 vornehmen, macht der Staat das bisher nicht. Auch Reparaturmaßnahmen von Umweltschäden  
170 erscheinen im BIP als Steigerung, obwohl damit bestenfalls der Status quo wiederhergestellt  
171 und unter dem Strich nichts gewonnen ist. Genauso wird die unbezahlte Sorgearbeit, die vor  
172 allem von Frauen geleistet wird und eine unverzichtbare Grundlage unseres Wohlstands bildet,  
173 derzeit bei der Wohlstandsmessung nicht berücksichtigt. Wir schlagen deshalb **ein neues**  
174 **Wohlstandsmaß** und eine **neue Form der Wirtschaftsberichterstattung** vor, um neben  
den  
175 ökonomischen auch ökologische, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen zu messen und  
176 Indikatoren dafür festzulegen.  
  
177 Wir wollen damit Wohlstand in Deutschland und Europa zukünftig umfassender messen und den  
  
178 Fortschritt beim ökologischen Umbau der Wirtschaft langfristig abbilden. Auch für die  
179 Unternehmen können davon innovative Impulse ausgehen. Wir wollen, dass öffentliche  
180 Unternehmen mit gutem Beispiel voran gehen und an der Erarbeitung der integrieren  
181 Berichterstattung als Pilotunternehmen mitwirken. Die von allen größeren privaten  
182 Unternehmen in ihrem Jahresabschluss zu veröffentlichenden über Nachhaltigkeitsindikatoren  
183 wie CO<sub>2</sub>-Emissionen wollen wir zukünftig für börsennotierte Unternehmen verpflichtend in die  
184 Kommunikation ihrer Finanzergebnisse einfügen, um so den Dialog mit Investoren und der  
185 Gesellschaft zu sozial-ökologischen Werten zu verstetigen. Bestehende Ausnahmen für nicht  
186 börsennotierte Unternehmen sowie für viele Banken und Versicherer wollen wir abschaffen. Wir  
187 wollen das Aktienrecht und die Bilanzierungsregeln so verändern, dass Aktiengesellschaften  
188 sich von innen heraus verändern und auf eine langfristige, nachhaltige Entwicklung

189 ausrichten. Wir werden Aktiengesellschaften verpflichten, sich eine Nachhaltigkeitsstrategie  
 190 zu geben. Dadurch schaffen wir einerseits Transparenz, andererseits wird so erst möglich,  
 191 dass von einer Pflichtverletzung des Vorstandes abgesehen wird, wenn eine Entscheidung der  
 192 nachhaltigen Entwicklung des Unternehmens, nicht der kurzfristigen Gewinnerwartung dient.  
 193 Die nichtfinanziellen Ziele und Indikatoren sollten wie die finanziellen extern überprüft  
 194 und testiert werden. Langfristig wollen wir erreichen, dass diese ökologischen und sozialen  
 195 Werte auch entsprechend bepreist werden und so direkten Einfluss auf den wirtschaftlichen  
 196 Erfolg eines Unternehmens haben.

## 197 **2. Die Wirtschaft klimaneutral machen<sup>1</sup>**

198 Wir können unser Wirtschaften verändern, aber nicht unsere Abhängigkeit von einer intakten  
 199 Natur. Aus wissenschaftlicher Perspektive sind wir beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß kurz davor, alle roten  
 200 Linien zu überschreiten, vor denen uns fast alle Forscher\*innen warnen. Das hätte  
 201 gravierende Konsequenzen für uns, unsere Kinder und Enkel. Die Auswirkungen spüren wir  
 schon  
 202 heute drastisch. Noch stärker betreffen sie jetzt schon Menschen im globalen Süden, obwohl  
 203 sie am wenigsten zu dem menschengemachten Klimawandel beigetragen haben. Politisch  
 werden  
 204 die Klima- und Umweltauswirkungen unserer derzeitigen Wirtschaftsweise unsere  
 Gesellschaften  
 205 fordern wie nie zuvor.

206 Nach Jahren des Stillstands ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, schnell und massiv in die  
 207 Infrastruktur zu investieren, die eine klimaneutrale Wirtschaft und Gesellschaft trägt. Um  
 208 zur klimaneutralen Wirtschaft zu kommen, müssen **Bahn, Autos und Gebäude weitgehend**  
 209 **elektrifiziert** werden. Für Lastwagen, Flugzeuge und Schiffe wird Wasserstoff eine zentrale  
 210 Rolle spielen, ebenso für die Stahlindustrie, die Zementindustrie und Teile der  
 211 Chemiebranche.

212 Die Energiewende muss dafür nach den Phasen der Markteinführung und Marktdurchdringung  
 nun  
 213 in die dritte Phase geführt werden, in der sie die Wirtschaft flächendeckend mit  
 214 regenerativer Energie versorgt. Sie ist den Kinderschuhen entwachsen und muss im nächsten  
 215 Jahrzehnt via **Sektorenkopplung** die Bereiche Verkehr, Industrie und Wärme erschließen.  
 216 Gleichzeitig müssen Unternehmen drastisch Energie einsparen und effizienter verwenden sowie  
 217 CO<sub>2</sub>-lastig durch CO<sub>2</sub>-neutrale Produktionsverfahren ersetzen.

218 Dabei können wir darauf bauen, dass technische und gesellschaftliche Entwicklungen nicht  
 219 linear verlaufen, und dass wir effizienter oder besser werden können in einem **Sprung aus**  
**dem**  
 220 **Gewohnten heraus**. Und darauf, dass die Marktwirtschaft ihre volle innovative Kraft entfalten  
 221 kann, wenn wir die richtigen politischen Leitplanken setzen. **Märkte sind ein mächtiges**  
 222 **Instrument**, sie schaffen und zerstören in rasendem Tempo. Sie können verheerende Krisen  
 223 entzünden – Lehman Brothers lässt grüßen – und sie können gleichzeitig dafür sorgen, dass  
 224 binnen weniger Jahre das Smartphone auch in den entlegendsten Winkeln dieser Erde  
 Menschen  
 225 miteinander verbindet. Märkte können, wenn die Anreize richtig gesetzt sind, eine **grüne**  
 226 **Revolution** entfachen, die unsere Vorstellungskraft auf die Probe stellen wird. Damit dies  
 227 geschieht, muss der Staat durch **Ordnungspolitik, Preispolitik, Förder- und**

228 **Investitionspolitik** den Rahmen so zu setzen, dass der Weg zum klimaneutralen Verhalten in  
229 einem sozial-ökologisch gerahmten Markt rechtlich verbindlich und ökonomisch lohnend ist.

230 Wir wollen weg von einem System, das nur kurzfristige Renditen belohnt und stattdessen  
231 Instrumente einsetzen, die eine langfristige und gesellschaftliche verantwortliche  
232 Unternehmenspolitik fördert.

233 **Ordnungsrecht bedeutet Planungssicherheit für die Unternehmen.** Also die verlässliche  
234 Vorgabe, dass Autos, Flugzeuge, Maschinen oder Kraftwerke ab einem bestimmten Datum kein  
235 Treibhausgas mehr ausstoßen dürfen. **Preispolitik schafft fairen Wettbewerb**, weil die  
236 Klimabilanz von Produkten zum Teil des Preises wird. Klimaschädliches Wirtschaften wird  
237 teurer, klimafreundliches Verhalten billiger. **Förder- und Investitionspolitik** gibt  
238 Starthilfen für neue Produkte und Produktionsweisen und verhilft ihnen über die Schwelle zur  
239 Wirtschaftlichkeit. Und sie schafft über den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur die Basis  
240 für ökologische Wirtschafts- und Lebensweise.

241 Ein Klimaschutzgesetz macht die Vorgaben

242 Das **Klimaschutzgesetz** ist das ordnungspolitische Herzstück. Ein solches Gesetz legt für alle  
243 Wirtschaftsbereiche (Sektoren) verbindliche CO<sub>2</sub>-Minderungsziele und CO<sub>2</sub>-Minderungspfade  
244 ebenso wie die dafür notwendigen Maßnahmen fest. Es garantiert eine dichte Kontrolle, ob die  
245 Maßnahmen wirken, und sieht empfindliche Sanktionen bei einer Verfehlung der Ziele vor.  
246 Ergänzt wird ein solches Klimaschutzgesetz durch weitere ordnungsrechtliche Vorgaben. Zum  
247 Beispiel wollen wir, dass ab **2030 nur noch emissionsfreie Autos** neu zugelassen werden  
und

248 der Weg dorthin durch verbindliche Quoten für E-Autos bereitet wird. Auch der Umbau der  
249 energieintensiven Unternehmen ließe sich über ansteigende Quoten zum Beispiel für  
250 klimaneutralen Stahl in Autos oder auch Windrädern und Gebäuden nicht nur planungssicherer  
251 gestalten, die Unternehmen hätten gerade mit Blick auf die weltweiten Überkapazitäten so  
252 auch einen Wettbewerbsvorteil auf dem europäischen Markt.

253 CO<sub>2</sub> muss einen Preis bekommen

254 Ein **wirksamer CO<sub>2</sub>-Preis** ist für uns der zweite Teil des nötigen Instrumentenmixes, den wir  
255 zugleich klimapolitisch wirksam und sozial gerecht ausgestalten wollen. Nur so lassen sich  
256 zügig ein stabiler, langfristig orientierter Investitionsrahmen schaffen und mit  
257 marktwirtschaftlichen Mitteln Anreize zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes und für eine Umstellung  
258 von Produktionsweisen sowie für „Efficiency First“ beim Umgang mit Ressourcen setzen. Nur so  
259 lässt sich das Potenzial auf einer für alle Marktteilnehmer transparenten Basis für einen  
260 fairen Wettbewerb schaffen. Der CO<sub>2</sub>-Preis schafft Gerechtigkeit und steigert mittelfristig  
261 auch die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt — denn Klimaschutz ist nicht nur notwendig,  
262 sondern auch ein globaler Zukunftstrend.

263 Keine Steuermittel mehr für klimaschädliches Verhalten

264 Damit ökonomische Anreize ihr volles Potenzial entfalten können und zusätzliche finanzielle  
265 Spielräume für Zukunftsinvestitionen entstehen, wollen wir **umwelt- und klimaschädliche**  
266 **Subventionen konsequent abbauen.** Insgesamt betragen diese in Deutschland über 57  
Milliarden

267 Euro. Staatliche Subventionen wie die Steuerbefreiung von Rohöl zur Plastikherstellung, dem  
268 immer noch gewährten Beschaffungszuschuss für neue Ölheizungen oder die Nichtbesteuerung

von

269 Kerosin wollen wir endlich beenden.

270 Investitionen in CO<sub>2</sub>-neutrale Industrieprozesse, insbesondere in den Bereichen  
 271 Metallproduktion (z.B. Stahl, Aluminium, Lithium), Chemie und Zement, lohnen meist erst bei  
 272 sehr hohen CO<sub>2</sub>-Preisen, die das europäische Emissionshandelssystem derzeit noch nicht  
 273 abbildet. Damit sich solche Investitionen für Unternehmen schon heute rechnen, wollen wir  
 274 den Unternehmen die Differenz zwischen dem aktuellen CO<sub>2</sub>-Preis und den tatsächlichen CO<sub>2</sub>-  
 275 Vermeidungskosten erstatten, welche ihnen durch die Investitionen in neue Verfahren und  
 276 Technologien entstehen (Carbon Contract for Difference). Die Kosten dafür können über eine  
 277 Klima-Umlage refinanziert werden, die auf die Endprodukte aufgeschlagen wird und die für  
 278 heimische Produkte und Importe gleichermaßen gilt. So rechnen sich diese Investitionen  
 279 sofort und es werden kurzfristige Wettbewerbsnachteile gegenüber Regionen ohne eine  
 280 entsprechende CO<sub>2</sub>-Bepreisung vermieden.

281 Förderpolitik gibt Starthilfe

282 Wir lassen die Unternehmen bei der ökologischen Transformation nicht allein und wollen sie  
 283 unterstützen. Für Investitionen in transformative, CO<sub>2</sub>-neutrale Industrieprozesse in den  
 284 Bereichen Stahl, Chemie oder Zement wollen wir deshalb **bessere**

#### **Abschreibungsmöglichkeiten**

285 **schaffen und Leuchtturmprojekte CO<sub>2</sub>-neutraler Verfahren und Prozesse gezielt fördern.** Die

286 Basis zur Entwicklung solcher Verfahren ist die entsprechende Forschung. Weiterhin richten  
 287 wir die öffentliche Beschaffung konsequent klimaverantwortlich aus und schaffen so  
 288 Leitmärkte, die innovativen Unternehmen die notwendige Sicherheit geben, dass ihre Produkte  
 289 auch einen Markt finden, auf dem sie starten können.

290 Um den ökologischen Umbau zu fördern und gleichzeitig den sich anbahnenden  
 291 Wirtschaftsabschwung zu bekämpfen werden wir die degressive Abschreibung (AfA) zeitlich  
 292 befristet wieder einführen.

293 Plurale Bildung und Forschung ermöglichen

294 Für ein Verständnis der Herausforderungen der Zukunft, wie z.B. die Klimakrise, und die  
 295 Entwicklung von Lösungen brauchen wir in Forschung und Bildung Methoden- sowie  
 296 Theorienvielfalt und kritisches Hinterfragen normativer Annahmen. Das bedeutet  
 297 beispielsweise in den Wirtschaftswissenschaften, dass so genannte heterodoxe Ansätze – also  
 298 z.B. feministische und ökologische Ansätze – deutlich stärker gelehrt und beforscht werden.  
 299 Wir setzen uns dafür ein, dass das bei der Konzeption und Vergabe von Forschungs- und  
 300 Förderprogrammen berücksichtigt wird. Mehr Forschung und Bildung zu  
 Postwachstumsökonomien  
 301 ist auch ein wichtiger Schlüssel für eine klimaneutrale Wirtschaft.

302 In die ökologische Infrastruktur investieren

303 Investitionen in Klimaschutz bedeutet vor allem: Auf- und Ausbau der Stromerzeugung aus  
 304 Erneuerbaren Energien und der dafür notwendigen Speicher und Stromnetze, Ausbau von  
 305 Bahninfrastruktur, von ÖPNV, Fahrrad- und Fußverkehrsinfrastruktur, aber auch Aufbau von  
 306 Ladeinfrastruktur für E-Mobilität sowie von Infrastruktur für erneuerbaren Wasserstoff.  
 307 Wärmenetze, energetische Gebäudesanierung und der Ersatz von Öl- und Gasheizungen



benötigen

308 Unterstützung. Auch stehen die Rettung unserer Wälder, die Erhöhung von Deichen und die  
309 Schaffung von mehr Überflutungsflächen für Flüsse, der Umbau zu einer klima- und  
310 tierschutzgerechten Landwirtschaft an.

311 Allein die Bahn braucht mindestens drei Milliarden Euro pro Jahr, um die notwendige  
312 Verlagerung des Verkehrs von der Luft und der Straße auf die Schiene stemmen zu können. Für  
313 den Aufbau eines elektrischen Ladesäulennetzes brauchen wir ein Investitionsprogramm in  
Höhe

314 von 600 Millionen Euro. Unser Programm „Faire Wärme“, mit dem wir die energetische  
315 Gebäudesanierung unterstützen wollen, umfasst 7 Milliarden Euro im Jahr. Dies sind nur drei  
316 Beispiele. Insgesamt plädieren wir für **zusätzliche öffentliche Investitionen in Höhe von 30**

317 **Milliarden pro Jahr.**

318 Wettbewerbsfähigkeit sichern, Klimadumping verhindern

319 Neben den notwendigen Anreizen müssen wir bei Einführung von ordnungspolitischen  
320 Klimamaßnahmen die europäische Industrie auch vor möglichen Nachteilen im internationalen  
321 Wettbewerb mit Staaten ohne eine vergleichbare Klimaschutzpolitik schützen. Dies kann über  
322 **Grenzausgleichsmaßnahmen** wie europäische **Klimazölle**, die auch auf Importe  
aufgeschlagen

323 werden, oder über einen **Grundstoffausgleich**, der Recycling und weniger energieintensive  
324 Werkstoffe belohnt, geschehen. Auch die Finanzierung der zusätzlich notwendigen  
325 Investitionskosten für saubere Technologien könnte in Zukunft ein Weg sein, anstatt  
326 weiterhin kostenlose Zertifikate im Emissionshandel auszugeben.

327 Divestment: Kapital aus fossilen in grüne Geschäftsfelder lenken

328 Mit einer breit angelegten **Divestmentstrategie** wollen wir dafür sorgen, dass Anlagekapital  
329 zukünftig Klimaschutz statt Klimazerstörung finanziert. Öffentliche Banken und  
330 Versicherungen sollen **Investitionen in die Dekarbonisierung der Wirtschaft** umlenken  
und

331 umgehend aus klimaschädlichen Wirtschaftsproduktionen wie Kohle- oder Erdölindustrie  
332 aussteigen. Damit auch Kleinanlegerinnen und Kleinanleger von der grünen Finanzwende  
333 profitieren und ihr Geld mit gutem Gewissen anlegen können, brauchen wir ein **EU-Label für**  
334 **nachhaltige Finanzprodukte** mit starken ökologischen und sozialen Standards. Damit alle  
335 Anleger\*innen nachvollziehen können, ob Unternehmen ökologisch wirtschaften, werden wir  
336 entsprechende Offenlegungspflichten einführen.

337 Neue Anlagerichtlinien für die öffentliche Hand, Fonds wie für die Beamtenpension oder  
338 Rücklagen der Bundesanstalt für Arbeit sollen Nachhaltigkeits- und Klimaschutzkriterien  
339 folgen. Der Bund kann dem Markt für nachhaltige Geldanlagen wichtige Impulse geben. Dafür  
340 muss er seine Investitionen in Kohle-, Öl- und Gas-Konzerne, die Geschäfte auf Kosten des  
341 Klimas machen, beenden.

342 Damit neben der Rendite auch die Klima- und Sozialverträglichkeit zur Grundlage von  
343 Entscheidungen über Investitionen und Kreditvergaben gemacht werden, brauchen wir einen  
344 verbindlichen **europäischen Standard für Nachhaltigkeit**, dessen Leitplanken die 17 UN-  
Ziele

345 Nachhaltigkeit (SDGs) sind, anhand dessen auch sozial-, geschlechter-, klima- und

346 umweltschädliche Wirtschaftsbereiche klar benannt werden können. Auf dieser Grundlage  
347 müssen

347 alle Finanzmarktakteure die Auswirkungen ihrer Investitionen offenlegen.

348 Klimarisiken, die in Konzern- und Bankbilanzen schlummern, sollten bei der Bewertung durch  
349 Rating-Agenturen und die Finanzmarktaufsicht berücksichtigt werden, zum Beispiel durch  
350 **Klima-Stresstests für Banken und Versicherungen** oder durch Aufschläge bei  
351 Eigenkapitalanforderungen bei Finanzierungen, die hohe Klima und Umweltrisiken bergen.

### 352 **3. Verwerten statt Verschwenden: Kreislaufwirtschaft als übergeordneter Rahmen**

353 Die ökologische Wende kann nur gelingen, wenn wir nicht dauerhaft auf immer mehr Rohstoffe  
354 angewiesen sind. So können Unternehmen Kosten in erheblichem Umfang einsparen und  
außerdem

355 können hunderttausende neue Jobs entstehen. Im Bereich Elektromobilität beispielsweise gibt  
356 es großes Potenzial, um durch Recycling der Lithium-Ionen-Batterien einerseits den  
357 ökologischen Fußabdruck zu verkleinern, andererseits den Bedarf an Rohstoffen zu senken.  
358 Dafür müsste nur die EU-Batterierichtlinie reformiert werden.

359 Unser Ziel ist der parallele **Aufbau einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft**. Diese  
360 basiert auf in sich geschlossenen Stoffkreisläufen. Der Kreislauf beginnt bereits bei der  
361 Produktgestaltung. Produkte müssen so designt werden, dass die jeweiligen Einzelteile auch  
362 wieder voneinander getrennt und sinnvoll wiederverwertet werden können. Dafür wollen wir  
363 verbindliche Vorgaben in der EU-Ökodesign-Richtlinie schaffen. Wir wollen Abfallvermeidung-  
364 und verwertung durch einen Mix aus Anreizen und Vorgaben stärken: Wir wollen

#### **Recyclingquoten**

365 **einführen**, welche die tatsächlich im Kreislauf geführten Wertstoffe messen. Hersteller\*innen  
366 sollen zu einer festen **Einsatzquote für recycelte Rohstoffe** verpflichtet werden.

367 Die Rücknahme- und Verwertungspflicht bei Produkten wie Verpackungen, Elektro- und  
368 Elektronikaltgeräten muss ausgeweitet und durch finanzielle Anreize gestärkt werden. Ein  
369 solcher Anreiz ist die Weiterentwicklung der Lizenzentgelte für Verpackungen zu einer  
370 **Ressourcenabgabe**, die gleichzeitig ökologische Verpackungen über einen Bonus fördert.  
Auch

371 Rücknahmeprämien für einzelne Produktgruppen wie beispielsweise Mobiltelefone können ein  
372 möglicher Weg sein. Unser Ziel ist, bis 2030 alle Kunststoffprodukte kosteneffizient zu  
373 recyceln oder wiederzuverwenden. Schließlich wollen wir die Forschung für Recycling-Prozesse  
374 und die Substitution von Rohstoffen intensivieren.

### 375 **4. Soziale Sicherung im ökologisch-sozialen Wandel neu denken**

376 Sowohl durch den notwendigen ökologischen Umbau der Wirtschaft als auch die Digitalisierung  
377 werden viele neue Arbeitsplätze entstehen, auf der anderen Seite fallen aber auch viele  
378 Arbeitsplätze weg. Neue Qualifikationen werden benötigt, es entstehen aber auch  
379 Unsicherheiten. Die Arbeitswelt wird durch die Digitalisierung bunter und vielfältiger. Für  
380 die soziale Sicherung bedeutet dieser Wandel der Arbeit und des Arbeitsmarktes, dass sie  
381 universeller werden muss. Je diverser die Arbeitswelt wird, desto mehr brauchen wir eine  
382 soziale Sicherung, die sich nicht am Erwerbsstatus orientiert, sondern alle Bürgerinnen und  
383 Bürger absichert, unabhängig davon, ob sie Vollzeit oder Teilzeit, abhängig oder  
384 selbstständig oder auch gar nicht erwerbstätig sind, zumal es immer mehr Wechsel zwischen

385 diesen unterschiedlichen Beschäftigungsformen und mehr Erwerbsunterbrechungen, freiwillige  
386 und unfreiwillige, geben wird.

387 Wir wollen deswegen die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung zu Bürgerversicherungen  
388 weiterentwickeln, in die alle Bürgerinnen und Bürger auf alle Einkommensarten einzahlen. Die  
389 Arbeitslosenversicherung sollte zu einer Arbeitsversicherung für alle Erwerbstätigen,  
390 abhängig Beschäftigte wie Selbstständige, weiterentwickelt werden, mit einem Recht auf  
391 Weiterbildung, das auch entsprechend sozial abgesichert sein muss, damit sich insbesondere  
392 Menschen mit geringen Einkommen auch eine Weiterbildung leisten können. Und wir wollen,  
dass  
393 in allen Lebenslagen das Existenzminimum garantiert wird. Deswegen wollen wir eine  
394 Kindergrundsicherung einführen, eine Garantierente und eine Garantiesicherung, mit der wir  
395 Hartz IV überwinden. Dabei geht es nicht nur um eine soziale Abfederung der Veränderungen,  
396 sondern wir wollen die Menschen befähigen selbstbestimmt an der Gesellschaft teilzuhaben und  
397 den ökologisch-sozialen Wandel kreativ und innovativ mitgestalten zu können.

## 398 **5. Gute und selbstbestimmte Arbeit - wir gestalten den Wandel der Arbeitswelt**

399 Unsere Arbeitswelt wird sich in den kommenden Jahren vor allem durch die Digitalisierung  
400 rasant und tiefgreifend verändern. Bekannte Tätigkeiten und Arbeitsplätze werden wegfallen  
401 oder sich stark verändern, neue Arbeitsplätze und Berufe entstehen. Ob es in der Summe dann  
402 vielerorts weniger Arbeitsplätze geben wird oder mehr, kann derzeit niemand verlässlich  
403 vorhersagen. Klar ist jedoch, dass sich auch die Art, wie wir arbeiten werden, massiv  
404 verändert. Unser Arbeiten wird flexibler, selbstorganisierter, auch kooperativer. Zugleich  
405 erleben wir bereits heute neue Formen der Ausbeutung, Überforderung und Fremdbestimmung.  
Ein

406 großes Problem bedeutet daneben der bereits heute spürbare massive **Fachkräftemangel** -  
eine

407 Million Stellen sind unbesetzt. In den kommenden 15 Jahren wird die Zahl der Menschen im  
408 erwerbsfähigen Alter ohne Einwanderung um sechs Millionen schrumpfen.

409 Für beide Entwicklungen - den Fachkräftemangel und die Veränderungen der Arbeitswelt - muss

410 sich die Bildungs- und Weiterbildungspolitik, die Arbeitsmarkt-, Einwanderungs- und  
411 Integrationspolitik viel besser rüsten als bisher. Dies gilt auch für Selbstständige.

412 Zukunftsbildung ist der Schlüssel

413 Die Ausbildungsordnungen existierender Berufe müssen auf die Erfordernisse einer  
414 nachhaltigen Gesellschaft hin überarbeitet werden (nachhaltige Berufsbilder). Das bedeutet  
415 vor allem, dass Menschen die Möglichkeit haben müssen, sich weiterzubilden und neu zu  
416 qualifizieren. Dafür brauchen sie Geld, Zeit und passende Angebote. Wir wollen einen  
417 **Rechtsanspruch auf Weiterbildung** begründen. Das lebensbegleitende Lernen wird damit  
Teil des

418 öffentlichen Bildungsauftrags. Die bisherige Arbeitslosenversicherung wird dazu zu einer  
419 **Arbeitsversicherung** umgebaut. So, wie wir in den beiden vergangenen Jahrhunderten damit  
420 begonnen haben, uns gegen Krankheit oder Arbeitslosigkeit abzusichern, sollten wir im 21.  
421 Jahrhundert im Rahmen der Arbeitsversicherung eine Garantie auf Weiterbildung festschreiben.  
422 Die Arbeitsversicherung sollte sowohl die Weiterbildungsberatung finanzieren als auch den

423 Lebensunterhalt in Weiterbildungsphasen absichern. Dazu gibt es während  
 424 arbeitsmarktbedingter Weiterbildungsphasen ein Weiterbildungsgeld, das höher ist als die  
 425 Absicherung bei Arbeitslosigkeit. Für alle, die keinen Anspruch auf Leistungen im Rahmen der  
 426 Arbeitsversicherung haben, schaffen wir ein Weiterbildungs-BAföG, damit kein Wunsch auf  
 427 berufliche Entwicklung am Geldbeutel scheitert.

428  
 429 Überall da, wo es vor Ort eine Arbeitsagentur gibt, wollen wir, dass zusätzlich  
 430 **Bildungsagenturen** geschaffen werden. Die Bildungsagenturen sind zentrale Anlaufstellen für  
 431 alle Menschen, die Interesse an Weiterbildung haben. Auch Arbeitgeber, insbesondere kleine  
 432 und mittlere Unternehmen, können sich in den Bildungsagenturen informieren, wenn sie  
 433 geeignete Weiterbildungsangebote für ihre Belegschaften oder Förderung suchen. Die  
 434 Bildungsagenturen sollen zum Herzstück von regionalen Bildungsnetzwerken werden, in denen  
 435 sich Arbeitsagenturen, Jobcenter, Volkshochschulen, Kammern, Berufs- und Hochschulen sowie  
 436 andere Weiterbildungsträger vernetzen, um flächendeckend und niedrigschwellig beste  
 437 Weiterbildung und Beratung anbieten zu können. Im Standardfall wird die Bildungsagentur von  
 438 der Bundesagentur für Arbeit organisiert. Kommunen sollen aber die Wahl haben, die  
 439 Organisation der Bildungsagentur selbst durchzuführen, insbesondere wenn es bereits starke  
 440 vor Ort gewachsene Kooperationsstrukturen gibt und wenn Qualitätsstandards eingehalten  
 441 werden. Auch die Möglichkeiten der Digitalisierung wollen wir für die Bildung weiter nutzen.  
 442 Dafür soll eine öffentliche und unabhängige digitale Plattform alle Fort- und  
 443 Weiterbildungsangebote bündeln. Das ermöglicht neue Zugänge für Menschen, die sich  
 444 weiterbilden wollen. Besondere Aufmerksamkeit widmen wir dabei Menschen, die besondere  
 445 Hindernisse überwinden müssen, um sich in die Arbeitswelt zu integrieren, etwa weil sie  
 446 nicht gut lesen und schreiben können.

447 Wir sehen es zudem als unsere Verantwortung, die Arbeitnehmer\*innen insbesondere beim  
 448 ökologischen und digitalen Wandel mitzunehmen. Wir wollen dazu als eine wichtige Maßnahme  
 449 eine neue „**Qualifizierungs-Kurzarbeit**“ einführen, um so die Chancen der Beschäftigten und

450 der Betriebe im Strukturwandel vorausschauend zu verbessern. Die Phase der Kurzarbeit muss  
 451 konsequent für die Qualifizierung der Beschäftigten genutzt werden. Dabei wollen wir die  
 452 „Qualifizierungs-Kurzarbeit“ eng an die Sozialpartnerschaft koppeln und zwar durch  
 453 tarifliche Regelungen und Betriebsvereinbarungen. Denn Unternehmen, Gewerkschaften und  
 454 Betriebsräte können nur gemeinsam dem Strukturwandel die richtige Richtung geben.

455 Fachkräftemangel bekämpfen

456 Der Fachkräftemangel stellt für viele Unternehmen ein Problem dar. Wir wollen darauf  
 457 reagieren, indem wir nicht nur engagiert auf Qualifizierung und Weiterbildung setzen und die  
 458 Erwerbstätigkeit von Frauen weiter stärken. Gerade angesichts des demographischen Wandels  
 459 halten wir zusätzlich auch eine **ambitionierte Einwanderungspolitik** für dringend  
 notwendig.

460 Das Fachkräftezuzwanderungsgesetz der großen Koalition erfüllt diesen Anspruch nicht. Wir  
 461 wollen es überarbeiten und entbürokratisieren. Deutschland braucht ein **echtes**  
 462 **Einwanderungsgesetz** mit einem transparenten Punktesystem und der Möglichkeit eines  
 463 Spurwechsels. Gleichzeitig setzen wir uns für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und  
 464 höhere Löhne in bislang zu schlecht bezahlten Berufen ein. Das sind immer noch insbesondere  
 465 die mit hohem Frauenanteil. Mit passgenauen Angeboten für Spracherwerb und Aus- und

466 Weiterbildung wollen wir insbesondere geflüchtete Frauen besser in den Arbeitsmarkt  
467 integrieren.

468 Für eine gerechte Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit

469 Nach wie vor gilt Sorgearbeit in unserer Gesellschaft vielfach noch als „Privatsache“ und  
470 spiegelt sich in den üblichen Wohlstandsmessungen nicht wieder. Dabei ist diese  
471 Arbeitsleistung essentiell für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft und eine  
472 funktionierende Wirtschaft. Immer noch werden diese Aufgaben zum Großteil von Frauen  
473 geleistet, sei es in der Pflege oder in der Kinderbetreuung. Mangelnde Vereinbarkeit von  
474 Familie sowie Pflege und Beruf führt dabei häufig dazu, dass insbesondere die eigenständige  
475 Absicherung von Frauen zu kurz kommt. Dies spiegelt sich in dem hohen Anteil von Frauen in  
476 prekären Beschäftigungsverhältnissen und führt in der Konsequenz zu einem vielfach erhöhten  
477 Altersarmutsrisiko.

478 Massive Investitionen in gute und verlässliche Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen  
479 mit genügend Personal sind deshalb unerlässlich. Mit einer KinderZeit Plus wollen wir  
480 außerdem Eltern zeitlich unterstützen und dazu beitragen, dass diese ihr Arbeitsvolumen in  
481 der Erwerbsarbeit erhöhen können. Darüber hinaus wollen wir ein Gesetz für mehr  
482 Zeitsouveränität für berufstätige Pflegende entwickeln und eine dreimonatige PflegeZeit Plus  
483 pro zu pflegender Person einführen.

484 Neue Jobs

485 Wir haben große Engpässe dort, wo Menschen sich um Menschen kümmern: in der Pflege, der  
486 Bildung, in der Kinder- und Altersbetreuung. Diese **Jobs in der Sorge-Arbeit** müssen  
ausgebaut  
487 werden und brauchen endlich die Anerkennung, auch finanziell, die ihnen gemessen an ihrer  
488 gesellschaftlichen Relevanz zusteht. Diejenigen, die sich um andere Menschen kümmern, dürfen

489 nicht beim Mindestlohn landen oder Probleme haben, sich eine Wohnung zu leisten.

490 Die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung schätzt, dass mit stetigen  
491 Investitionen in Nachhaltigkeit bis 2030 weltweit bis zu 170 Millionen neue Jobs geschaffen  
492 werden können. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)

493 geht davon aus, dass sich die Zahl der **Arbeitsplätze in der Erneuerbaren-Energien-  
Branche** in

494 Deutschland allein in den nächsten zehn Jahren auf mindestens 500.000 verdoppelt. Im  
495 gesamten **Bereich Umweltechnik und Ressourceneffizienz** sind bereits heute 1,5  
Millionen

496 Menschen in Deutschland beschäftigt. Erwartet wird hier ein Anstieg von jährlich 6,7  
497 Prozent. Für diese Zukunftsbranche brauchen wir also qualifizierte Maschinenbauer,  
498 Elektrotechnikerinnen, Ingenieurinnen, Vertriebsmitarbeiter\*innen, Bürokräfte – von der  
499 Berufseinsteigerin bis zur erfahrenen Fachkraft.

500 Gute Arbeitsbedingungen

501 Gute Arbeitsbedingungen und eine faire Verteilung des Wohlstandes zwischen Arbeit und  
502 Kapital auszuhandeln, ist zunächst Aufgabe der Sozialpartner. Wir wollen die kollektive  
503 **Selbstorganisation und Mitbestimmung** wieder stärken und prekäre Erwerbstätigkeit

überwinden.

504 Bei der öffentlichen Vergabe sollen im Einklang mit europäischem Recht die Unternehmen zum  
505 Zug kommen, die einem Tarifvertrag angehören bzw. Tariflöhne zahlen. Zudem wollen wir es  
506 leichter machen, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären. Die Bildung von  
507 Betriebsräten werden wir erleichtern, indem Initiator\*innen einen besonderen Schutz erhalten  
508 und die Verhinderung von betrieblicher Interessenvertretung als klare Straftat angesehen und  
509 verfolgt wird.

510 Wir wollen die Wirtschaft demokratischer gestalten. Das betrifft sowohl die Entscheidungen,  
511 was und wie produziert wird, als auch die Rechte von Arbeitnehmer\*innen im Betrieb. Deshalb  
512 werden wir die betriebliche Mitbestimmung ausbauen. Auf dem Weg dorthin wollen wir, dass die

513 Betriebsräte bei der Personalplanung stärker eingebunden werden und bei der Weiterbildung  
514 und der Beschäftigungssicherung ein echtes Vorschlags- und Initiativrecht bekommen. Die  
515 paritätische Mitbestimmung in Aufsichtsräten soll bereits ab einer Unternehmensgröße von  
516 1.000 Beschäftigten voll greifen und die Mitbestimmungsrechte der  
517 Arbeitnehmervertreter\*innen bei strategischen Unternehmensentscheidungen im Aufsichtsrat  
518 erweitert werden.

519 Der gesetzliche Mindestlohn war ein wichtiger Meilenstein für faire Arbeitsbedingungen. Wir  
520 wollen **Ausnahmen beim Mindestlohn streichen**, die Kontrolle verbessern und zudem dafür  
521 sorgen, dass er in Zukunft wirklich armutsfest ist. Deshalb wollen wir als Sofortmaßnahme  
522 eine **Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro**, damit Vollzeitbeschäftigte von ihrer Arbeit  
523 auch leben können. Wir wollen die Mindestlohnkommission reformieren und ihren  
524 Entscheidungsspielraum stärken. Die Anpassung des Mindestlohns darf sich künftig nicht mehr  
525 nur allein an der Tarifentwicklung orientieren. Wir wollen stattdessen gesetzlich verankern,  
526 dass der Mindestlohn vor Armut schützen muss und damit deutlich über die Tarifentwicklung  
527 hinaus steigen kann. Gleichzeitig sollen die Vertreter\*innen der Wissenschaft in der  
528 Mindestlohnkommission ein Stimmrecht erhalten.

529 **Leiharbeit** wollen wir stärker **regulieren**, für Leiharbeitskräfte soll ab dem ersten Tag die  
530 gleiche Bezahlung wie für die Stammbeslegschaft gelten sowie eine zusätzliche  
531 Flexibilitätsprämie. **Sachgrundlose Befristungen** wollen wir **abschaffen**. Wir fordern ein  
532 wirksames **Entgeltgleichheitsgesetz** mit einem Verbandsklagerecht für gleichen Lohn für  
533 gleiche und gleichwertige Arbeit. Unser Ziel ist es, **Minijobs in**  
534 **sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umzuwandeln** und dafür zu sorgen, dass  
535 die  
536 Beiträge durch Steuern und Abgaben sowie soziale Leistungen so aufeinander abgestimmt  
537 werden, dass sich Erwerbsarbeit immer rechnet. Dabei darf die Belastung mit Steuern und  
538 Abgaben nicht sprunghaft steigen. Und wir streiten dafür, Berufe aufzuwerten, die heute noch  
539 meist von Frauen ausgeübt werden, beispielsweise in der Erziehung, der Pflege oder im  
540 Gesundheitssystem, und sie besser zu bezahlen. Wir wollen, dass **Arbeit auf Abruf** nicht mehr  
541 möglich ist, wenn die Tätigkeiten mit normalen Arbeitsverhältnissen erledigt werden können,

542 Die Regulierung von Arbeit wollen wir an die **Herausforderung der Digitalisierung**  
543 anpassen.

543 Dafür wollen wir die Abgrenzungskriterien zwischen abhängiger und selbstständiger  
544 Beschäftigung eindeutiger und praxistauglicher regeln und den Arbeitnehmer\*innen-Begriff neu

545 definieren. Ziel ist es, einerseits größere Planungssicherheit für Selbstständige  
 546 herzustellen und andererseits Scheinselbstständigkeit zu verhindern. Gleichzeitig ist es  
 547 notwendig, die nicht anderweitig abgesicherten Selbstständigen vor Altersarmut zu schützen.  
 548 Damit dies gelingt, wollen wir sie mit der Einführung einer Bürgerversicherung am  
 549 Solidarsystem der Rentenversicherung teilhaben lassen. Um sie dabei nicht finanziell zu  
 550 überfordern, sprechen wir uns für Flexibilität in der Beitragszahlung aus. Zudem werden wir  
 551 ausloten, in welchen Branchen und Bereichen der Selbstständigkeit gesetzliche  
 552 Schutzmechanismen, wie Mindesthonorare, Honorarordnungen und Umlageverfahren notwendig  
 sowie  
 553 praktisch möglich sind. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass bei der Auftragsvergabe  
 554 der öffentlichen Hand an Selbstständige die Prinzipien der Planungssicherheit, des  
 555 Mindesteinkommens und der sozialen Absicherung berücksichtigt werden.

556 Durch Digitalisierung entsteht ein großes Potenzial, **Arbeitszeit** weiter zu **verkürzen**, sie  
 557 mit anderen Lebensbereichen besser zu vereinbaren und Arbeit umzuverteilen, sowohl Erwerbs-  
 558 als auch Sorge-Arbeit. Dabei ist uns besonders wichtig, dass es auch zu einer gerechteren  
 559 Aufteilung von Erwerbs- und Sorge-Arbeit zwischen den Geschlechtern kommt. Durch die  
 560 Digitalisierung wird es auch einfacher für die Beschäftigten, von zu Hause oder mobil an  
 561 wechselnden Orten (Coworking Spaces etc.) zu arbeiten. Wir werden Regelungen für ein Recht  
 562 auf Home-Office und mobiles Arbeiten einführen, wobei wir berücksichtigen, dass es  
 563 Berufsbilder gibt, bei denen dies nicht umsetzbar ist.

564 Home-Office und die Möglichkeit, mobil zu arbeiten, kann zur besseren Vereinbarkeit von  
 565 Familie und Beruf beitragen. Beides darf aber nicht dazu führen, dass Karrierechancen  
 566 beeinträchtigt werden oder dass es zu einer Abkopplung vom Rest der Belegschaft, sowie von  
 567 betrieblichen Abläufen oder Weiterbildungsmaßnahmen kommt. Arbeitnehmer im Home-Office,  
 568 unterwegs oder an wechselnden Arbeitsorten (Coworking Spaces etc.) müssen in Bezug auf den  
 569 Arbeitsschutz genauso geschützt sein wie bei der Arbeit an einem ständigen Betriebssitz. Es  
 570 darf keinen Zwang zum Home-Office oder mobilem Arbeiten geben. Wenn Arbeit besser ins  
 Leben  
 571 passt, sind die Beschäftigten produktiver, weniger gestresst und engagierter. Auch der  
 572 wachsende Fachkräftebedarf kann so besser bewältigt werden.

573 Gleichzeitig nimmt uns die Automatisierung und Robotisierung monotone und repetitive  
 574 Aufgaben ab. Dies begrüßen wir als Chance auf Verringerung von menschlicher Arbeit. Dies  
 575 darf jedoch nicht zu einer weiteren Zunahme der Ungleichheit führen. Wir wollen politisch  
 576 sicherstellen, dass die Wohlstandsgewinne durch die Digitalisierung gerecht verteilt werden.

577 Wir brauchen nicht noch mehr Verfügbarkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern rund  
 um  
 578 die Uhr. Zum Schutz der Gesundheit braucht es auch im digitalen Zeitalter eine Grenze für  
 579 die tägliche Höchstarbeitszeit sowie ausreichende Ruhezeiten ohne Unterbrechung, wie es im  
 580 Rahmen des Arbeitszeitgesetzes vorgesehen ist. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung  
 581 nutzen und mehr Zeitsouveränität für die Beschäftigten schaffen und fordern eine  
 582 **Wahlarbeitszeit zwischen 30 und 40** Wochenstunden, denn so können auch 30-Stunden-  
 Stellen als  
 583 Vollzeitstellen anerkannt werden. Damit wird die Vollzeit neu definiert und zu einem

584 Arbeitszeitkorridor umgestaltet und Arbeit gerechter verteilt. Auch bei flexiblen  
 585 Arbeitszeiten ist darauf zu achten, dass jede getätigte Stunde der Arbeitskraft dem  
 586 Arbeitszeitkonto gutgeschrieben wird. Dies gilt auch für Überstunden. Gleichzeitig ist für  
 587 uns klar, dass jeder Mensch ein würdevolles Leben verdient hat, weshalb wir  
 588 Existentsicherung und Lohnarbeit in Zukunft stärker entkoppeln wollen.

589 Ein Rückkehrrecht von Teilzeit-Beschäftigten auf ihre vorherige Stundenzahl ist notwendig,  
 590 damit sie beruflich wieder voll durchstarten können. Die von der großen Koalition  
 591 eingeführte Brückenteilzeit nur für große Betriebe genügt diesen Anforderungen bei weitem  
 592 nicht. Der überwiegende Teil der Beschäftigten (insbesondere Frauen) wird aufgrund der  
 593 Einschränkungen das Recht auf Rückkehr in Vollzeit nicht in Anspruch nehmen können. In  
 594 vielen Unternehmen herrscht eine nach wie vor ausgeprägte Präsenzkultur, bei der lange  
 595 Anwesenheit am Arbeitsplatz als besonderes Leistungskriterium gilt. Wir wollen, dass sich  
 596 Unternehmen in eine andere Richtung entwickeln: So ist es gerade für Menschen, die sich um  
 597 Kinder oder Angehörige kümmern, eine große Erleichterung, wenn Meetings im Zeitraum von  
 ca.  
 598 9 bis 15 Uhr stattfinden.

599 Ebenso ist es gerade für Eltern wichtig, dass Modelle wie Job-Sharing und Führung in  
 600 Teilzeit möglich sind. Damit eben nicht immer nur die Personen befördert werden, die rund um  
 601 die Uhr verfügbar sind, und gleichzeitig diejenigen, die Sorge-Arbeit leisten, immer noch  
 602 vor allem Frauen, in der Einmal-Teilzeit-immer-Teilzeit-Falle landen. Wir wollen in einem  
 603 ersten Schritt mit Anreizen dafür sorgen, dass Unternehmen sich hier weiter entwickeln, und  
 604 auch die Spielräume bei öffentlichen Auftragsvergaben nutzen, um solche Unternehmen zu  
 605 fördern.

606 Wir wollen außerdem, dass die Hälfte der Plätze in den Führungspositionen von Unternehmen  
 607 mit Frauen besetzt werden, Deshalb braucht es **verbindliche Frauenquoten für  
 Aufsichtsräte**

608 und vergleichbare Regelungen auch für Vorstände. Für Aufsichtsräte fordern wir eine 40-  
 609 Prozent-Quote für alle 3.500 börsennotierten oder mitbestimmten Unternehmen und  
 610 Sanktionsmöglichkeiten, wenn diese nicht eingehalten wird. Denn die Quote ist keine  
 611 Belastung für die Wirtschaft, sondern eine Chance wirklich die besten Köpfe in  
 612 Führungspositionen zu bekommen. Durch die Digitalisierung wird es auch einfacher für die  
 613 Beschäftigten, von zu Hause zu arbeiten. Wir werden deswegen ein Recht auf Home-Office  
 614 einführen.

615 Beschäftigte am Wohlstand beteiligen

616 Eine verbesserte **Mitarbeiterbeteiligung an Unternehmen** kann sowohl dem  
 Fachkräftemangel als  
 617 auch einer ungleichen Vermögensentwicklung entgegenwirken. Sie ist ein Weg, um die  
 618 Bevölkerung besser am gesellschaftlichen Produktivvermögen zu beteiligen. Bislang sind wir  
 619 im europäischen Vergleich jedoch Schlusslicht bei der Mitarbeiterbeteiligung. Wir wollen  
 620 daher den steuerlichen Freibetrag für die Überlassung von Mitarbeiterbeteiligungen deutlich  
 621 anheben. Außerdem wollen wir eine Plattform schaffen, um Beispiele von erfolgreichen  
 622 Beteiligungsmodellen besser zugänglich zu machen und interessierten Unternehmen mehr  
 623 Informationen bereit zu stellen.

624 Vielfalt als Wettbewerbsvorteil



625 Die Wertschätzung von **Vielfalt am Arbeitsplatz** verbessert die individuelle Teilhabe im Beruf  
 626 und fördert die Chancen- und Leistungsgerechtigkeit. Zur Vielfalt am Arbeitsplatz gehören  
 627 alle Facetten: Die Vielfalt der Geschlechter, der sexuellen Orientierung und geschlechtliche  
 628 Identität, die Inklusion von Menschen mit Behinderungen, die Vielfalt der Kulturen,  
 629 Religionen und der sozialen Herkunft. Unternehmen mit einer vielfältigen Belegschaft sind in  
 630 der Regel **produktiver, kreativer und damit auch ökonomisch erfolgreicher**.

631 Wir setzen uns dafür ein, dass die Anstrengungen privater und öffentlicher Arbeitgeber\*innen  
 632 verstärkt und besser koordiniert werden. Für den Privatsektor wollen wir dies durch  
 633 Erfahrungsaustausch und Information stärken, moderiert und gefördert durch das  
 634 Bundeswirtschafts- und Bundesarbeitsministerium. Wir werben dafür, dass sich noch mehr  
 635 Firmen und öffentliche Stellen der **Charta der Vielfalt** anschließen. Im 21. Jahrhundert  
 636 erwarten wir von modernen und innovativen Unternehmen auch einen modernen und  
 637 professionellen Umgang mit Diversität: durch **Diversitäts- und Gleichstellungsstrategien**,  
 638 durch diversitätsorientierte Fortbildungsangebote, insbesondere auch für Führungskräfte,  
 639 sowie durch klare Beschwerde- und Interventionsstrukturen bei Diskriminierung und  
 640 sexualisierter Gewalt. Der öffentliche Dienst und öffentliche Unternehmen müssen mit gutem  
 641 Beispiel vorangehen. Dazu braucht es inklusive, faire und **diskriminierungssensible**  
 642 **Bewerbungs- und Auswahlverfahren**. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass anonymisierte  
 643 Bewerbungsverfahren im öffentlichen Dienst und bei den staatlichen Unternehmen  
 grundsätzlich  
 644 angewandt werden. Sie führen zu mehr Chancengerechtigkeit und senken die Bürokratiekosten.

645 Das Diskriminierungsverbot muss auch für Beschäftigte von Unternehmen gelten, die im  
 646 Eigentum von Religionsgemeinschaften stehen. Außerdienstliches Verhalten von Beschäftigten  
 647 einer Kirche, Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft, z.B. Wiederverheirateten und  
 648 LSBT\*IQ-Menschen, deren Tätigkeit nicht den Bereich der Verkündung umfasst, darf keine  
 649 arbeitsrechtlichen Auswirkungen, wie etwa eine Kündigung, zur Folge haben. Wir wollen  
 650 deshalb die Ausnahmen für die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften enger fassen  
 und  
 651 damit den individuellen Rechten deutlich mehr Geltung verschaffen.

## 652 **6. Eine neue Gründerzeit ermöglichen**

653 Viele **kleine und mittelständische Unternehmen (KMU)** treiben den ökologischen Wandel  
 654 voran  
 655 und schreiben schon heute mit grünen Ideen schwarze Zahlen. Sie schaffen neue Arbeitsplätze,  
 656 die auch morgen noch bestehen. Wir wollen sie mit einem steuerlichen Forschungsbonus  
 657 unterstützen, die Chancen von ressourcensparenden und emissionsarmen Produkten und  
 Verfahren  
 658 zu nutzen und sie mit einfacheren Abschreibungsregeln, Vereinfachungen bei der Umsatzsteuer  
 659 und guten Bedingungen für Mitarbeiterbeteiligungen entlasten. In Strukturwandelregionen  
 659 wollen wir die **regionale Wirtschaftsförderung stärken**, damit es lokal ansässigen  
 Unternehmen  
 660 schnell gelingt, den neuen Marktanforderungen gerecht zu werden. Gerade die kleinen und  
 661 mittleren Unternehmen im **Handwerk** sind unverzichtbar. Sie realisieren die Energiewende,  
 662 sorgen für fachgerechte Wärmedämmung und sind regionaler Partner für die Landwirtschaft.  
 663 Damit Handwerksberufe wieder attraktiver werden setzen wir auf eine stärkere Tarifbindung  
 664 und branchenspezifische Mindestvergütungen. Die Handwerksbetriebe sollen bei der Ausbildung

665 und Gewinnung von Auszubildenden stärker beraten, unterstützt und begleitet werden. Durch  
666 einen **Rechtsanspruch auf einen schnellen Breitband-Internetanschluss** sorgen wir  
dafür, dass  
667 das Handwerk auch im ländlichen Raum online ist.

668 Gründer\*innen fördern

669 Wir brauchen eine neue Gründer\*innenwelle. Keine gute Idee darf an zu wenig Eigenkapital  
670 scheitern. Wir fordern daher eine schnelle Einführung des unbürokratischen  
671 Gründungskapitals, welches Gründer\*innen einen Einmalbetrag bis maximal 25.000 Euro  
672 sicherstellt, unter der Voraussetzung einer Wirtschaftlichkeitsprüfung. Das Gründungskapital  
673 wird als zinsloses staatliches Darlehen ausbezahlt. Die Rückzahlung erfolgt flexibel und  
674 orientiert sich am jeweiligen Unternehmensgewinn. Die Kriterien für das Exist-  
675 Gründungsstipendium wollen wir aktualisieren und Diversität der Gründungsteams sowie  
676 ökologische und gemeinwohlorientierte Innovationen besser berücksichtigen.

677 Frauen sind erfolgreiche Gründerinnen, bei Gründungen von Unternehmen jedoch  
678 unterrepräsentiert. Nur 15 Prozent der Startups in Deutschland werden laut Female Founder  
679 Monitor von Frauen gegründet. Bei einer solch niedrigen Quote entgeht Deutschland ein großes  
680 Potenzial an innovativen Unternehmen. Öffentliche Fördergelder erreichen in der Regel eher  
681 männliche als weibliche Gründer\*innen, weshalb wir die Diversität des Gründungsteams zu  
682 einem Evaluationskriterium für die Vergabe von öffentlichen Fördermitteln machen wollen **Wir**  
683 **schlagen zudem vor, einen staatlich geförderten Wagniskapitalfonds zu schaffen, der**  
**sich nur**  
684 **an Gründerinnen richtet.** Irland hat mit diesem Modell gute Erfahrungen gemacht. Nach  
einem  
685 Zeitraum von fünf Jahren sollte überprüft werden, ob der Fonds einen nachhaltigen Effekt  
686 hatte. Daneben sollten maßgeschneiderte Qualifizierungs- und Coachingmaßnahmen für  
Frauen,  
687 die eine Gründung, Weiterentwicklung oder Übernahme kleiner Unternehmen anstreben  
finanziell  
688 unterstützt werden, genauso wie Netzwerkorganisationen. Solche Plattformen können dazu  
689 dienen, voneinander zu lernen, gemeinsam neue Geschäftsideen oder auch Interessen zu  
690 entwickeln und umzusetzen.

691 Jede fünfte Gründerin und jeder fünfte Gründer hat eine Einwanderungsgeschichte. Die  
692 migrantische Ökonomie ist zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor geworden. Deutschlandweit  
693 machen von Menschen mit Migrationsgeschichte geführte Betriebe heute rund 20 Prozent aller  
694 Unternehmen aus. In einigen Regionen des Landes liegt die Zahl deutlich höher. Damit leisten  
695 sie einen entscheidenden Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung. Wir wollen, dass die  
696 Hürden bei allen Instrumenten der Unternehmens- und Gründungsförderung für Menschen mit  
697 Migrationshintergrund abgebaut werden. Förderung darf nicht vom Pass oder dem persönlichen  
698 Hintergrund abhängen, Informationen müssen in verschiedenen Sprachen angeboten werden  
und  
699 wir wollen ein zugeschnittenes Beratungsangebot für die migrantische Ökonomie schaffen.

700 Der Staat ist durch die öffentliche Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen ein  
701 wichtiger Impulsgeber für die Wirtschaft. Die öffentliche Hand kann durch die  
702 Auftragsvergabe eine aktive Vorbild- und Lenkungsfunktion erfüllen, eine nachhaltige

703 Wirtschaftsweise stärken und Innovationen fördern. Wir wollen, dass Vergabeverfahren so  
704 gestalten werden, **dass der Bund im Rahmen seiner öffentlichen Auftragsvergabe und**  
705 **Ausschreibungen Startups und jüngere Unternehmen, neue Technologien und**  
706 **innovative**

706 **Geschäftsmodelle stärker berücksichtigt.** Dafür müssen Vergabeverfahren verschlankt  
und

707 schneller angelegt werden einschließlich zeitnaher Begleichung der Verbindlichkeiten  
708 öffentlicher Auftraggeber und zügiger Entscheidungsverfahren, damit auch Startups mit  
709 vergleichsweise kurzen Planungshorizonten sich gegenüber etablierten Unternehmen  
durchsetzen

710 können. Vergabelose sollten KMU-freundlich ausgeschrieben werden.

711 Wir fordern **Startup-Zentren** ähnlich der französischen Station F, die Gründer\*innen den  
712 notwendigen Arbeitsraum zur Verfügung stellen. Wir fordern zwei Jahre Befreiung von nicht  
713 unbedingt nötigen Melde- und Berichtspflichten und wollen die Gründungsberatung und  
714 -förderung aus einer Hand in „One-Stop-Shops“ ermöglichen, damit Gründer\*innen Zeit zum  
715 Gründen haben. Ausgründungen aus Hochschulen und Kooperationen von Gründer\*innen und  
716 Hochschulen sollen durch bessere Beratung und Betreuung gefördert werden. Die heutige  
717 Gründungsförderung ist stark auf technologieorientierte Startups zugeschnitten. Wir wollen  
718 die bestehenden Förderinstrumente neutraler ausgestalten und damit stärker als bisher zum  
719 Beispiel sozial orientierte Unternehmen oder die Kreativwirtschaft fördern.

720 Wir wollen die freiwillige **Arbeitslosenversicherung** weitgehend **für Selbständige öffnen**  
und

721 erreichen, dass anderweitig nicht abgesicherte Selbständige in die gesetzliche  
722 Rentenversicherung einbezogen werden. Und wir brauchen in Deutschland auch eine Kultur des  
723 Scheiterns. Das Insolvenzrecht muss so gestaltet sein, dass es schneller Neuanfänge  
724 ermöglicht.

725 Für die erfolgsversprechendsten Startups wollen wir einen **Europäischen Startup-Pass**  
726 einführen. Dieser soll ihnen die Möglichkeit geben, an allen europäischen Startup-  
727 Förderprogrammen teilzunehmen und Unterstützung durch Inkubatoren zu erhalten. Sie sollen  
728 außerdem breite Unterstützung durch Informationen und Beratung zur Rechtslage und zu  
729 Patenten bis hin zu vereinfachten Visa für ausländische Mitarbeiter\*innen des Startups  
730 bekommen. Ausländischen Startups sollen neben einem Europäisches Startup-Visum auch  
Beratung

731 und finanzielle Unterstützung angeboten werden, damit sie sich in Europa ansiedeln.

732 Verwaltung effizienter und kooperativer gestalten

733 Zugleich kann die öffentliche Verwaltung innovativer und kooperativer werden. Wir fordern  
734 daher ein **deutsches GovTech-Programm** nach dänischem Vorbild. Unser Ziel ist die  
vollständige

735 elektronische Abwicklung in der Verwaltung. Das spart Unternehmen, Bürger\*innen und der  
736 Verwaltung viel Zeit und Geld.

737 Wir wollen Regulierungen konsequent am Schutz ökologischer und sozialer Schutzziele  
738 ausrichten. Insbesondere kleinere Unternehmen und den Mittelstand wollen wir gezielt von  
739 unnötiger Regulierung entlasten. Für die Gründungsphase eines Unternehmens wollen wir  
740 bestimmte Regulierungen ganz aussetzen. **Genehmigungsverfahren** wollen wir

**beschleunigen.**

741 Entscheidend hierfür ist es, Beteiligungsverfahren bereits in frühen Planungsphasen  
742 vorzusehen und die Behörden mit ausreichenden Ressourcen (z.B. Personal) für eine zügige  
743 Planung auszustatten.

744 Wagnisse ermöglichen

745 Wir müssen nicht nur technologisch exzellent sein, sondern bahnbrechende Technologien auch  
746 in neue Geschäftsmodelle, Märkte, Dienstleistungen und Produkte umwandeln können.

747 Fördermöglichkeiten und Netzwerke für Startups und junge Unternehmen können den  
Unterschied  
748 zwischen einer guten Idee auf dem Flipchart und einem weltweit erfolgreichen Unternehmen  
749 ausmachen.

750 **Startup-Förderung** braucht Anschubfinanzierung und eine starke Finanzierung in der  
751 Wachstumsphase. Wir wollen mit einem **öffentlichen Zukunftsfonds** eine Investitionswelle  
im  
752 Venture Capital Markt auslösen. Dieser Fonds soll als eine Art stille Teilhaber\*in jungen  
753 und wachsenden Startups das nötige Eigenkapital bereitstellen. Das verhindert, dass unsere  
754 Startups auf ausländische Geldgeber angewiesen sind, aufgekauft werden und das  
755 technologische Know-how ins Ausland fließt. Wir wollen den Unternehmen Fördermittel  
756 möglichst in Form von Eigenkapital zur Verfügung stellen. Wenn Startups später einmal  
757 verkauft werden sollten, führt dies dazu, dass die Fördermittel vom Käufer bezahlt werden.

758 Der Fonds soll mit Eigenkapital ausgestattet werden und sich dann weiteres Kapital günstig  
759 am Finanzmarkt leihen. Seine Gewinne sollen vollständig das eigene Kapital weiter  
760 aufstocken. Der Zukunftsfonds soll politisch unabhängig gemanagt werden. Unser unabhängig  
761 verwalteter Bürgerfonds für eine stabile und rentable Anlagemöglichkeit soll in den  
762 Zukunftsfonds investieren können und auch andere Investitionen im Venture-Capital-Bereich  
763 finanzieren können. Über die Trennung von Zukunftsfonds und Bürgerfonds verhindern wir  
764 problematische Interessenskonflikte zwischen industriepolitischen Zielen und dem  
765 Bürgerfonds.

766 Auch Crowdfunding kann – vor allem wenn reward-basiert – neue Finanzierungsquellen für junge  
Unternehmen erschließen. Wir wollen dafür sorgen, dass öffentliche Förderungen von  
768 Gründungen und von Forschung mit Crowdfunding kombiniert werden können.

769 Gute Bedingungen für gute Ideen schafft auch der europäische Binnenmarkt mit über 500  
770 Millionen Menschen, die sich daran beteiligen. Der Wagniskapitalmarkt der EU ist derzeit in  
771 viele kleine nationale Märkte zersplittert. Wir wollen die nationalen Förderinstrumente  
772 koordinieren und abstimmen. Wir wollen insbesondere europäische Wagniskapitalfonds  
aufbauen,  
773 die schwerpunktmäßig Innovationen in strategischen Bereichen finanzieren, bspw.  
774 Ressourceneffizienz, IT-Sicherheit oder Verwaltungsmodernisierung (Govtech). Die Strukturen  
775 sollen so aufgebaut sein, dass nicht sofort alle Mitgliedsstaaten sich beteiligen müssen,  
776 sondern auch schon einzelne sich für solche Wagniskapitalfonds zusammenschließen können.

777 Dabei wollen wir auch Anreize schaffen, um neben dem ökologischen Potenzial der  
778 Digitalisierung auch dessen soziales Potenzial zu heben. Startups und digitale Ökosysteme  
779 können uns helfen, durch neue Technologien und Geschäftsmodelle umweltpolitische und

780 sozialpolitische Ziele zu erreichen. Wir Grüne wollen technischen Fortschritt, der sich an  
781 dessen ökologischen und sozialen Effekten (SDGs) messen lässt.

## 782 **7. Digital von der Null zur Eins werden**

783 Die Digitalisierung birgt ungeheure Potentiale für mehr Ressourceneffizienz sowie die  
784 Minimierung von Transportwegen und Lagerung durch den Aufbau dezentraler Strukturen der  
785 Produktion und Versorgung. Entscheidend dafür sind auch die globale Vernetzung und der freie  
786 Austausch von Produktionswissen zur Herstellung wohlfahrtssteigernder Produkte und Dienste.  
787 Diesen Wissensaustausch wollen wir gezielt befördern.

788 Gleichzeitig stellt uns die Digitalisierung durch den zu erwartenden hohen Verbrauch von  
789 Energie und seltener Ressourcen vor gewaltige Herausforderungen. Ohne grundlegende  
Eingriffe

790 in das derzeitige Produktionsmuster wird die Digitalisierung den Raubbau an Natur und  
791 Gesellschaft intensivieren – Extraktivismus on speed!

792 Die digitale Transformation muss daher sozial-ökologisch ausgestaltet werden. Hierfür muss  
793 der Einfluss multinationaler Oligopole zugunsten von Selbstbestimmung und lokalem  
794 Unternehmertum eingeschränkt werden. Noch nicht industrialisierte Länder wollen wir dabei  
795 unterstützen, die Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen, um die Frühphase der  
796 Industrialisierung möglichst zu überspringen.

797 Wir setzen uns für eine Politik der **technologischen Souveränität Europas** ein und plädieren  
798 für eine starke europäische Digitalinfrastruktur. Anstatt sich zum Beispiel bei Cloud-  
799 Diensten zwischen Amazon oder Alibaba entscheiden zu müssen, wollen wir eine eigene  
800 europäische Cloud-Infrastruktur aufbauen. Diese soll unseren Unternehmen eine effiziente und  
801 sichere Alternative zu den amerikanischen und chinesischen Anbietern sein.

802 Dabei setzen wir unsere Priorität auf die **Stärkung der europäischen Halbleiterindustrie** -  
803 eine technologische Schlüsselbranche. Wir intensivieren die Zusammenarbeit im Bereich  
804 Forschung und Entwicklung auf europäischer Ebene und stärken die Cluster nachhaltig.. Ein  
805 besonderes Augenmerk muss auch auf die Ressourcenwiederverwendung gelegt werden. In  
806 Ostdeutschland haben wir einen der größten Standorte für die Halbleiterproduktion in Europa.  
807 Wir wollen auf dieser Stärke aufbauen, indem wir die Forschung und Entwicklung von  
808 ultraeffizienten Chips fördern und den Mikroelektronik-Cluster in Dresden stärken.

809 Vielfalt und Offenheit statt digitaler Monopole

810 Die Digitalisierung hat datenbasierte Plattform-Geschäftsmodelle hervorgebracht, die eine  
811 Tendenz zum Monopol aufweisen. So erfordern es Wettbewerb und moderner  
Verbraucherschutz,

812 dass die **Grundsätze der Interoperabilität** – wie wir sie aus dem Mobilfunk kennen – auch  
bei

813 online-gestützten Angeboten gelten. Was heute bei Telefon, SMS und Mail selbstverständlich  
814 ist, muss zum Beispiel auch bei Messenger-Diensten oder sozialen Netzwerken gewährleistet  
815 werden, nämlich unkompliziert zwischen Anbietern und Plattformen kommunizieren und  
wechseln

816 zu können.

817 Auch digitale Großkonzerne müssen sich an das europäische Ordnungsrecht halten. Deshalb  
818 setzen wir uns für eine **faire Besteuerung digitaler Großkonzerne** ein, die bisher von der  
819 Bundesregierung verhindert wird.

820 Infrastrukturen sind eine öffentliche Aufgabe. Dieses Prinzip, das bei Stromnetzen oder  
821 Straßen selbstverständlich ist, muss im digitalen Bereich neu ausgehandelt werden. Wenn  
822 beispielsweise  
823 Google seine dominierende Stellung bei Handy-Betriebssystemen oder Amazon seine beim  
Verkauf  
824 über den Marketplace ausnutzt, müssen wir dem einen Riegel vorschieben. Den **lokalen**  
825 **Einzelhandel** werden wir vor unfairem Dumpingwettbewerb von Amazon und Co. **schützen**.  
Ziel ist  
826 es, **privatisierte Marktplätze wieder öffentlich zugänglich zu machen**. Außerdem werden  
wir  
827 die Gebühren für Plattformen mit weitreichender Marktmacht regulieren, damit die Gewinne von  
828 kleinen Unternehmen nicht von den Plattformbetreibern abgeschöpft werden können.

829 Google und Facebook dominieren mittlerweile den Markt für Onlinewerbung. Kaum ein  
830 Unternehmen kann es sich noch leisten, nicht über sie online für die eigenen Produkte zu  
831 werben. Ein solches Oligopol muss reguliert werden. Wir wollen in Europa eine **gesetzliche**  
832 **Grundlage für Onlinewerbung** schaffen.

833 Standards für die datengetriebene Wirtschaft

834 Wir wollen einen einheitlichen europäischen Rechtsrahmen für datengetriebene  
835 Geschäftsmodelle schaffen. Daten sind Schlüsselressource der digitalen Welt, insbesondere  
836 für Technologien wie die künstliche Intelligenz. Diese Ressourcen wollen wir heben und wir  
837 plädieren für eine anonymisierte Bereitstellung öffentlicher Daten, damit dadurch neue  
838 Innovationen und Geschäftsmodelle entstehen. **Open-Data ist die Grundvoraussetzung**,  
damit  
839 Startups, Unternehmen und Forschungseinrichtungen, aber auch Zivilgesellschaft diesen  
840 Datenschatz für die Entwicklung innovativer Technologien und Bereitstellung öffentlicher  
841 Dienstleistungen nutzen können. Der Bundesregierung kommt dabei eine Führungsrolle zu, die  
842 sie bisher nicht wahrnimmt. Sie muss Beispiel geben und bei Innovationen und neuen  
843 technologischen Lösungen im Bereich des öffentlichen Sektors vorangehen.

844 Dabei müssen wir aber auch sicherstellen, dass anonyme Daten nicht nachträglich durch die  
845 Verknüpfung mit anderen Informationen einzelnen Personen zugeordnet werden können.  
Solange  
846 dies nicht gewährleistet werden kann, darf es keine weiteren Pflichten zum Datenaustausch  
847 geben. Keinesfalls dürfen deanonymisierte Daten zur Grundlage von Geschäftsmodellen oder  
848 staatlichen Prognosen werden, weil dies tief in die Grundrechte der Menschen eingreift.  
849 Dafür wollen wir mehr Forschung und Standardsetzung zu Anonymisierung von Daten und zur  
850 Nutzung synthetischer Daten sowie klare Regelungen gegen Deanonymisierung, die auch  
851 strafbewehrter Verbote einschließen.

852 Gerade im industriellen Bereich braucht es neue Ansätze, um eine kooperative Nutzung nicht  
853 personenbezogener oder nicht-personenbeziehbarer Daten zum Beispiel aus Entwicklungs- und  
854 Fertigungsprozessen vor allem im Sinne Kleiner und Mittelständischer Unternehmen

855 rechtssicher zu gestalten. Dies kann über die Schaffung von klaren gesetzlichen Vorgaben für  
856 kooperative und dezentrale Datenpools und Datentreuhandmodelle geschehen, die  
treuhänderisch  
857 nach klaren gesetzlichen Vorgaben organisiert, eine gemeinsame und durch Kartellbehörden  
858 überprüfbare Nutzung dieser Daten ermöglichen. Entsprechende Ausgestaltungsmöglichkeiten  
für  
859 Treuhandmodelle oder auch Ansätze für Datenspenden, zum Beispiel von Einzelpersonen,  
wollen  
860 wir möglichst zeitnah gemeinsam mit den relevanten Akteuren erarbeiten und erste  
861 Modellprojekte anstoßen.

862 Der Realität globaler Datenmonopole weniger Konzerne und der ausufernden digitalen  
863 Überwachung und Auswertung der Daten durch staatliche Stellen wollen wir mit einem  
864 engmaschigen Datenschutz und internationaler Regulierung begegnen. So, wie wir mit der  
865 Datenschutzgrundverordnung unseren europäischen Rechtsrahmen in der digitalen Welt stärken

866 konnten, an die sich andere halten müssen, wollen wir auch ethische, gesellschaftliche und  
867 sicherheitspolitische **Grundregeln für intelligente Maschinen und algorithmische**  
868 **Entscheidungssysteme** auf EU-Ebene etablieren. Dazu gehören Regeln bezüglich der  
Haftung,  
869 Transparenz, Nicht-Diskriminierung und Überprüfbarkeit algorithmischer Entscheidungen sowie  
870 essentielle IT-Sicherheitsstandards.

871 IT für grüne Ziele nutzen

872 Wir wollen die Digitalisierung nutzen, um Ökonomie und Ökologie weiter zusammenzuführen.  
Die  
873 Digitalisierung schafft enorme Chancen für Ökoeffizienz und Kreislaufwirtschaft. Dafür  
874 wollen wir ein EU-Förderprogramm, das sich exklusiv dem **ökologischen Potenzial der**  
875 **Digitalisierung** widmet und die Ökoeffizienz in Unternehmen fördert. Die Digitalisierung kann  
876 zum ökologischen Umbau unserer Gesellschaft beitragen. Wenn wir nicht handeln, besteht aber  
877 das Risiko, dass die Digitalisierung zum Treiber von Klimakrise und Umweltzerstörung wird.  
878 Derzeit werden wertvolle Rohstoffe zunehmend für die Digitalisierung gebraucht und der  
879 Energiebedarf für digitale Prozesse wächst jedes Jahr massiv. Expert\*innen zufolge wird der  
880 digitale Energiebedarf bis zum Jahr 2040 die weltweite Energieproduktion übersteigen, wenn  
881 wir nicht umsteuern.

882 Wir wollen als Teil der Energiewende **energiearme IT-Technik** voranbringen und eine  
883 europäische „Green-IT“-Strategie auflegen. Darüber hinaus setzen wir uns für „Green-IT“-  
884 Kriterien bei der öffentlichen Vergabe und ein Label für energieeffiziente, nachhaltige  
885 Rechenzentren ein. Denn gerade die Digitalisierung bietet auch ein erhebliches Potenzial für  
886 den Klimaschutz und zur Einsparung von Treibhausgasen und Ressourcen.

887 Allein durch die Digitalisierung könnten die globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 gegenüber  
888 jetzigen Prognosen um 20 Prozent sinken. Studien gehen von 15 bis 20 Prozent  
889 Energieeinsparung durch Gebäude-Klimamanagementsysteme aus. Um 25 bis 30 Prozent  
könnte der  
890 Energieverbrauch der Industrie durch IT-gesteuerte Prozessoptimierung sinken, indem  
891 Maschinen intelligent miteinander vernetzt werden. Dieses Potenzial wollen wir konsequent  
892 nutzen.

Bei großen Unternehmen ist es längst selbstverständlich, dass Videokonferenzen in vielen Fällen Reisen per Bahn oder Flugzeug ersetzen. Das spart Zeit und Kosten, entlastet die Mitarbeitenden und schont zugleich die Umwelt. Home Office-Regelungen sorgen dafür, dass Wegstrecken zur Arbeit und damit CO<sub>2</sub>-Emissionen eingespart werden können. Mit den selbstfahrenden Autos von morgen bietet sich durch Vernetzung, Carsharing und zusätzlich flexible öffentliche Nahverkehrsangebote gerade im ländlichen Raum die Chance, viele Privatfahrten im Auto zu ersetzen. Die Digitalisierung kann die Energiewende in Form intelligenter Netze unterstützen oder dabei helfen, Transportketten zu optimieren und etwa Leerfahrten zu verhindern.

IT-Sicherheit für die Industrie

Es braucht dringend ein umfassendes Paket zur Stärkung der IT-Sicherheit unserer Industrie. Dies umfasst die Einrichtung eines **europäischen Forschungsverbunds für IT-Sicherheit**, in dem das Nationale Forschungszentrum in Darmstadt integraler Teil wird, um die Entwicklung von Technologien und industriellen Fähigkeiten im Bereich der IT-Sicherheit zu fördern. Außerdem wollen wir ein in allen Mitgliedstaaten anerkanntes EU-weites Zertifizierungssystem für Produkte und Dienstleistungen sowie umfassende Beratungsangebote einführen.

## 8. Die Technik von morgen entwickeln

Um den Wirtschaftsstandort Deutschland in die Zukunft zu führen müssen wir auch für Forschung, Entwicklung und Bildung die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Innovationen entstehen in Ökosystemen, die von Kooperationen, Trans- und Interdisziplinarität und Kreativität geprägt sind. Es geht darum, Kooperationen zu fördern, die Arbeit in isolierten Fach-Communities aufzubrechen, Wissen zu teilen und von der Erfindung nahtlos in die Umsetzung zu kommen.

916

Wir fordern daher **mehr** Forschungsplattformen, an denen sich insbesondere Hochschulen, freie

Forschungsinstitute, zivilgesellschaftliche Organisationen, einzelne Interessierte und Unternehmen beteiligen, miteinander kooperieren, Wissen austauschen und Kreativität entwickeln können. Darüber hinaus sind Reallabore und Experimentierräume in der Forschung ein geeignetes Instrument, damit bahnbrechende neue Innovationen gemeinsam entwickelt und in

der Umsetzung getestet werden können. Um die inter- und transdisziplinäre Forschung zu fördern, soll „Horizon Europe“ gestärkt werden. Zusätzlich soll für die Entwicklung neuer Technologien und der Technikfolgenabschätzung eine eigene Förderlinie eingerichtet werden.

Alle heute genutzten Technologien beruhen auf öffentlicher Grundlagenforschung. Auch in Europa und Deutschland sollte die öffentliche Hand massiv investieren, gerade da, wo Märkte versagen: bei risikoreicher Forschung, öffentlicher Infrastruktur, Sprunginnovationen. Für diese Jahrhundertaufgabe müssen deutsche und europäische Förderprogramme ambitionierter, risikofreudiger und agiler werden. Es geht uns dabei um einen gezielt agierenden, proaktiven und **unternehmerischen Staat**, der unternehmerisches Risiko eingeht und als **Leadinvestor** ein

innovationsfreundliches Umfeld auch für private Unternehmen und ihre Ideen schafft.



932 Dabei legen wir besonderen Wert auf die Freiheit von Forschung und Lehre. Hochschulen und  
933 insbesondere die Grundlagenforschung funktionieren nicht nach unternehmerischer Logik.

Gerade

934 disruptive Innovationen können davon profitieren. Grundlagenforschung ohne Blick auf eine  
935 unmittelbare (wirtschaftliche) Verwertbarkeit ist ebenso wichtig und notwendig, wie es  
936 Forschungsprogramme zu drängenden gesellschaftlichen Fragestellungen sind. Deshalb setzen  
937 wir uns ein für eine solide Grundfinanzierung und demokratische Selbstorganisation der  
938 Hochschulen und Wissenschaftsfreiheit in Verantwortung.

939 In Zukunftstechnologien und digitale Infrastruktur investieren

940 Europäische Kooperation ist die Grundvoraussetzung, um die Herausforderungen des 21.  
941 Jahrhunderts in Bezug auf Technologie und gesellschaftliche Veränderungen im Rahmen der  
942 Klimakrise bestehen zu können. Wir wollen deswegen wieder intensiv in den Wissens- und  
943 Innovationsstandort Europa investieren und die Mittel des **kommenden europäischen**  
944 **Forschungsrahmenprogramms auf 120 Milliarden** Euro aufstocken. Damit wollen wir ein  
945 schlagkräftiges Nachfolgeprogramm zu „Horizon 2020“ etablieren, das besonders die  
946 Grundlagenforschung und die Wissenschaftsfreiheit inter- und transdisziplinär fördert,  
947 wohlwissend, dass eine Gesellschaft technisches und Orientierungswissen benötigt, um  
948 erfolgreich die Zukunft bewältigen zu können.

949 Es bleibt daher ein Fehler, dass die Bundesregierung die Vorschläge vom französischen  
950 Präsidenten, eine **europäische Agentur für Sprunginnovationen und ein deutsch-**  
**französisches**

951 **KI-Zentrum** zu etablieren, nicht angenommen und ernsthaft verfolgt hat. Stattdessen hat die  
952 große Koalition eine allein national ausgerichtete Agentur für Sprunginnovationen etabliert.  
953 Wir fordern, dass diese nun zumindest mit den europäischen Institutionen und Initiativen eng  
954 verzahnt wird. Auch sind die geplanten 500.000 Euro Förderung für ein virtuelles deutsch-  
955 französisches KI-Netzwerk viel zu wenig, um die besten Forscherinnen und Forscher  
956 zusammenzubringen und tatsächlich Synergien zu etablieren.

957 **Schnelles Netz** ist die Grundlage für alles – Industrie, Mobilität, Landwirtschaft, digitale  
958 Verwaltung, Teilhabe, ökonomischer Erfolg. Für Unternehmen ist der Breitbandausbau eine  
959 harte Standortfrage. Und oftmals sind es gerade die ländlichen Regionen, die von schnellem  
960 Internet abgehängt sind. Von der flächendeckenden Grundversorgung, die die Bundesregierung  
961 versprochen hatte, sind wir weit entfernt. Für die digitale Infrastruktur Glasfaser und 5G-  
962 Mobilfunk gibt es erhebliche Investitionslücken.

963 Wir lassen uns beim Ausbau der 5G Netze vom Vorsorgeprinzip leiten. Wir fordern daher die  
964 Veröffentlichung der Ergebnisse bereits durchgeführter Studien zu Auswirkungen von 5G, die  
965 aus öffentlichen Mitteln ganz oder teilweise finanziert wurden und rufen auch die  
966 Unternehmen auf, ihre eigenen Untersuchungen vollumfänglich zu veröffentlichen. Wir  
967 unterstützen die Überprüfung und ggf. Erarbeitung geeigneter Prüf- und Messverfahren über  
968 Auswirkungen durch hochfrequente Sende- und Empfangsanlagen oberhalb 20 GHz und die  
969 Erstellung verbindlicher Grenzwerte durch das Bundesamt für Strahlenschutz. Wir setzen uns  
970 für eine EU-weite Abstimmung zu diesen Fragen ein und fordern ein möglichst einheitliches  
971 Vorgehen in den Mitgliedstaaten.

972 Damit der Glasfaserausbau zügig vorankommt und die Versorgung mit schnellem Internet bis zu

973 jeder Haustür (FTTB) im ganzen Land sichergestellt wird, brauchen wir eine solide  
 974 Finanzierung. Dafür wollen wir öffentliche Breitbandgesellschaften für den Glasfaserausbau  
 975 im ländlichen Raum gründen, in die der Bund mindestens den Erlös des Verkaufs seiner  
 976 Telekom-Aktien einbringt. Zusätzlich werden wir bei Netzregulierung, insbesondere bei neuen  
 977 Ausschreibungen von Frequenzen darauf achten, dass die Netzbetreiber harte Verpflichtungen  
 978 unterschreiben, auch entlegene ländliche Regionen zu versorgen.

#### 979 Neue Wege bei Forschung & Entwicklung

980 Für die Lösung von Zukunftsfragen brauchen wir eine starke Wissenschaft. Deshalb wollen wir  
 981 die Wissenschaft bei der Digitalisierung unterstützen. Die freie Zugänglichkeit,  
 982 Nachvollziehbarkeit und Verständlichkeit von Wissen ist dabei ein zentraler Baustein für  
 983 eine innovative und zugleich am Gemeinwohl orientierte Wirtschaft. Wir wollen unter  
 984 Berücksichtigung von Datenschutz freie Inhalte (in Forschung und Lehre), insbesondere Open  
 985 Access-Publikationen, und bei Forschungsdaten (Open Science Data) besonders fördern. Wir  
 986 wollen Initiativen der Wissenschaft fördern, Ergebnisse breit in die Gesellschaft zu  
 987 kommunizieren und den Zugang und die Verständlichkeit von Wissen über kreative und neue  
 988 kommunikative Wege zu erleichtern. Neben Vorträgen, Citizen Science und Science Slams  
 bilden

989 auch (Forschungs-)Museen, Reallabore und öffentliche Veranstaltungen an  
 990 Forschungseinrichtungen wichtige Brücken zwischen Bürger\*innen und Forschenden.

991 KMUs sollen bei der Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsoffensive eine größere Rolle  
 992 zugemessen werden, die wir durch steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung  
 993 unterstützen wollen. Ferner wollen wir eine breite Verfügbarkeit von Basisinnovationen  
 994 ermöglichen und dafür Open-Source-Lösungen fördern, insbesondere wenn diese von  
 öffentlichen

995 Forschungseinrichtungen entwickelt werden. Wir finden es wichtig bei Forschungsanliegen  
 996 stärker NGOs und andere zivilgesellschaftliche Akteur\*innen zu berücksichtigen. Dafür  
 997 brauchen wir z.B. mehr Reallabore und einen breiteren öffentlichen Dialog bei der  
 998 Formulierung von Forschungsfragen.

999 Eine faire Ausgestaltung des internationalen Rechtssystems muss verhindern, dass Patente und  
 1000 sonstige geistige Eigentumsrechte (etwa auf HIV-Präparate, Saatgut oder tradiertes Wissen)  
 1001 sozial schädlich genutzt werden und wirtschaftliche Entwicklung behindern. Investitionen aus  
 1002 Drittstaaten müssen zum Aufbau von lokalem Wissen und hochwertigeren Anteilen an der  
 1003 globalen Wertschöpfung beitragen. Ein möglichst großer Teil dieser Technologien sollte in  
 1004 Formen offenen Wissens (Open Design, Open Source, Open Data, Creative Commons) entwickelt

1005 werden und allen Menschen zur Verfügung stehen.

#### 1006 **9. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West, Stadt und Land**

1007 Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass Stadt und Land, dass strukturschwache und  
 1008 wirtschaftsstarke Regionen nicht weiter auseinanderdriften. In den deutschen Kommunen klappt  
 1009 eine öffentliche Investitionslücke bei der Infrastruktur von 138 Milliarden Euro. So viel  
 1010 Geld fehlt in Kitas, Straßen, Brücken oder Spielplätzen, allein um die Substanz zu erhalten.  
 1011 Viele Kommunen können das nicht finanzieren. Damit werden wir unserer Verpflichtung nach  
 1012 gleichwertigen Lebensverhältnissen nicht überall im Land gerecht, was vor allem  
 1013 strukturschwache Regionen, gerade in Ostdeutschland, betrifft.

1014 Bund und Länder sollen in die Lage versetzt werden, strukturschwache Regionen besser zu  
1015 unterstützen, so dass die regionale Daseinsvorsorge überall gewährleistet ist. Das kann über  
1016 eine neue Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ erfolgen. Wir wollen auch  
1017 Kompetenzagenturen schaffen, welche die Kommunen bei der Planung von Investitionen und  
dem  
1018 Abruf von Fördermitteln unterstützt. Eine Förderung über alle Regionen hinweg führt oft  
1019 dazu, dass stärkere Regionen aufgrund ihrer funktionierenden Infrastruktur und Verwaltung  
1020 die Mittel als erstes beantragen und bekommen, während die schwächeren Regionen dann das  
1021 Nachsehen haben. Wir wollen die Förderung auf die wirklich strukturschwachen Regionen  
1022 ausrichten und dabei auch Geschlechteraspekte bei der Ausgestaltung der regionalen  
1023 Daseinsvorsorge berücksichtigen. Die beste Förderung hilft nicht, wenn die Mittel nicht dort  
1024 ankommen, wo sie wirksam werden sollen.

1025 Wir wollen die aktuelle Förderung von ihrer Projektorientierung hin zu Prozessen ausrichten,  
1026 damit Projekte vor Ort langfristig gesichert sind und das Engagement der Leute vor Ort  
1027 nachhaltig gefördert wird. Daneben soll ein **Altschuldenfonds** Kommunen mit hohen  
Altschulden  
1028 neue Spielräume eröffnen, indem der Bund einen Teil der Schulden übernimmt, aber auch die  
1029 Verantwortung der Länder zum Tragen kommt sowie berücksichtigt wird, dass einige  
1030 Landesregierungen dies bereits aus eigener Kraft getan haben. Der Bund kann sich zu sehr  
1031 niedrigen – momentan sogar negativen – Zinsen finanzieren, und so den Kommunen wieder Luft  
1032 zum Atmen verschaffen. Außerdem werden wir die Kommunen bei den Sozialausgaben  
entlasten und  
1033 prüfen, wie Länder und Kommunen ihr Schuldenmanagement verbessern und in den Genuss der  
1034 günstigen Zinskonditionen des Bundes kommen können. Die **regionale**  
**Wirtschaftsförderung**  
1035 wollen wir neu ausrichten und Regionen, die einen starken Strukturwandel zu bewältigen  
1036 haben, mehr in den Blick nehmen. Entscheidend für die Ansiedlung von Unternehmen ist nicht  
1037 der Scheck vom Staat, sondern eine exzellente Infrastruktur und gut ausgebildete Fachkräfte  
1038 vor Ort. Wo es keinen Datenhighway gibt, kann sich heute kein Unternehmen mehr ansiedeln.

1039 Für die Lausitz hieße das zum Beispiel, dass man von den kleinen Orten schnell nach Cottbus  
1040 kommen kann, und von Cottbus schnell mit der Bahn nach Berlin, Wrocław oder Warschau.  
1041 Schnelles Internet und das digitale Büro würden es mit einem Arbeitsplatz in Berlin  
1042 ermöglichen, an der mecklenburgischen Seenplatte zu wohnen. Gute Bahnverbindungen  
würden die  
1043 gelegentliche, zügige Fahrt zur Firma erlauben. Wir wollen die **regionalen Zentren stärken**  
1044 und zu Ankerpunkten in den Regionen mit breitem Angebot an öffentlichen und kulturellen  
1045 Dienstleistungen machen. Dies wollen wir in Grenzregionen auch grenzüberschreitend und  
1046 europäisch gestalten. Wir wollen auch Universitäten und Fachhochschulen ansiedeln bzw.  
1047 erweitern, denn sie können einen Wissenstransfer in die lokale Wirtschaft organisieren.  
1048 Gleichzeitig bringen die gut ausgebildeten Studierenden eigene Geschäftsideen mit oder sind  
1049 künftige Fachkräfte für die lokale Wirtschaft. So kann es auch gelingen, junge Zugewanderte  
1050 zu motivieren, etwa in die Uckermark oder nach Ostsachsen zu ziehen.

## 1051 **10. Mit einer gemeinsamen Industriestrategie die Stärke des europäischen** 1052 **Binnenmarktes**

### 1052 **nutzen**

1053 Der Kern einer guten Industriepolitik liegt in der Stärkung der eigenen Innovationskraft,  
1054 nicht in der Abwehr von Konkurrenz. Trotzdem ist es wichtig, dass Deutschland und Europa  
1055 faire Regeln entwickeln und diese dann nach innen und außen durchsetzen.

1056 Der **europäische Binnenmarkt** ist der größte gemeinsame Wirtschaftsraum der Welt. Kein  
großes

1057 globales Unternehmen kann es sich leisten, auf diesem riesigen Markt nicht vertreten zu  
1058 sein. Den Europäischen Binnenmarkt müssen wir nutzen, um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit  
und

1059 faire Spielregeln zu stärken, anstatt uns von nationalen Interessen auseinanderdividieren zu  
1060 lassen.

1061 Wer auf dem europäischen Markt mitspielen will, muss den europäischen Regeln folgen. Mit der  
1062 Datenschutzgrundverordnung haben wir gezeigt, wie das geht. Entweder halten sich  
Unternehmen

1063 daran, oder ihnen wird der Zugang zum Markt verwehrt. Mittlerweile macht die DSGVO  
1064 international Karriere.

1065 Die Europäische Union muss dafür als starke und geeinte Akteurin gemeinsame Standards für  
1066 eine zukunftsfähige Wirtschaft entwickeln – statt Empfängerin der strategischen  
1067 Entscheidungen anderer zu sein. Wenn die USA auf einen finanzmarktgetriebenen Kapitalismus  
1068 und China auf autoritären Staatskapitalismus setzt, dann müssen wir uns nicht entscheiden,  
1069 sondern darauf eine europäische Antwort geben: mit einem **Green New Deal für die sozial-**  
1070 **ökologische Marktwirtschaft.**

1071 Europa braucht eine **gemeinsame Industriepolitik**, deren Kern in der Stärkung der eigenen  
1072 Innovationskraft und der Durchsetzung von fairen Spielregeln für die Wirtschaft liegt – nach  
1073 innen wie nach außen. Ihre Ziele und Instrumente sollen sich an der Notwendigkeit einer  
1074 sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft orientieren. So kann der europäische  
1075 Binnenmarkt, auch aufgrund seiner Größe, zum Leitmarkt für die Welt werden.

1076 Eine Industriestrategie zur Stärkung von Innovation und Nachhaltigkeit

1077 **Eine Industriestrategie** muss in erster Linie Innovationen in Deutschland und Europa aktiv  
1078 vorantreiben, zum Beispiel durch ordnungspolitische Leitplanken und öffentliche Aufträge,  
1079 welche die Nachfrage nach neuen Technologien stimulieren. Sie soll dabei insbesondere auch  
1080 den ökologischen Wandel der Wirtschaft unterstützen, durch Maßnahmen wie eine langfristige  
1081 Klimaschutzstrategie, einen europaweiten CO<sub>2</sub>-Mindestpreis, oder die Förderung industrieller  
1082 Leuchtturmprojekte mit dem Ziel, Treibhausgasemissionen in den energieintensiven Branchen  
1083 abzubauen. Finanzmärkte müssen so reguliert werden, dass sich nachhaltige Investitionen  
1084 auszahlen und nicht benachteiligt werden. Auch die europäischen Investitionsprogramme  
müssen

1085 auf Nachhaltigkeit getrimmt werden.

1086 Eine Industriestrategie soll auch dafür sorgen, dass europäische Kräfte bei künstlicher  
1087 Intelligenz gebündelt werden und öffentliche Investitionen in europäische Gemeingüter  
1088 getätigt werden, wie in die Verkehrs-, Telekommunikations- und Energieinfrastruktur.

1089Rechtswidriger Steuerumgehung und Steuerbetrug erteilen wir eine Absage, denn auch  
1090Unternehmen müssen sich angemessen an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligen.  
1091Auch gerechte Arbeitsbedingungen, Mindeststandards bei der sozialen Absicherung und eine  
1092europäische Rückversicherung für die nationalen Arbeitslosenversicherungssysteme müssen Teil

1093einer solchen sozial-ökologischen Industriestrategie sein.

1094Wettbewerbsverzerrungen bekämpfen

1095Gegenüber staatlich subventionierten Monopolisten aus China und unregulierten  
1096Digitalkonzernen aus den USA muss eine europäische Industriestrategie fairen Wettbewerb auf  
1097dem europäischen Markt sicherstellen, zum Beispiel durch eine Weiterentwicklung der Anti-  
1098Dumping- und Anti-Subventionsinstrumente, eine Reform der WTO und eine Schärfung der  
Regeln  
1099im Kartellrecht. Auch muss die Europäische Union Wettbewerbsverzerrungen bei öffentlichen  
1100Aufträgen stärker ahnden können. Ein Weg könnte sein, im Vergaberecht die Möglichkeiten zu  
1101schaffen, Angebote aus Ländern, die ihre Firmen subventionieren, mit einem Aufschlag zu  
1102versehen und auch bei Nicht-EU-Bietern hohe Arbeits- und Umweltstandards zu berücksichtigen.

1103Mittelfristig sollte das Prinzip der Gegenseitigkeit (Reziprozität) für Drittstaaten gelten,  
1104damit es zu gleichen Wettbewerbsbedingungen kommen kann. Außerdem braucht es eine  
1105europäische Antwort darauf, wie damit umzugehen ist, wenn zum Beispiel chinesische  
1106Unternehmen europäische aufkaufen, ihnen dann de facto umsonst Kredite zukommen lassen  
und  
1107dadurch den Wettbewerb verzerren.

1108Kontrolle über kritische Infrastruktur

1109Ausländische Direktinvestitionen in **Schlüsseltechnologien und kritische Infrastruktur**  
1110sollten besser überwacht werden. Der neue europäische Screening-Mechanismus für  
1111Direktinvestitionen sollte in die deutsche Außenwirtschaftsordnung integriert und konsequent  
1112angewandt werden. Denn wenn wir keine Kontrolle mehr über unsere kritische Infrastruktur  
1113haben, haben wir ein riesiges Sicherheitsproblem, sind abhängig und im schlimmsten Fall  
1114erpressbar.

1115Die fortschreitende Digitalisierung macht die bessere Überwachung von ausländischen  
1116Direktinvestitionen in **Schlüsseltechnologien und den Schutz der kritischen**  
**Infrastruktur**

1117**notwendig.**

1118Der neue europäische Screening-Mechanismus für Direktinvestitionen sollte in die deutsche  
1119Außenwirtschaftsordnung integriert und konsequent angewandt werden. Sichere digitale  
1120Infrastrukturen sind längst systemrelevant. Mit Blick auf die konkret anstehende  
1121Entscheidung zu 5G stellen wir fest, dass Huawei die Kriterien des derzeit vorliegenden IT-  
1122Sicherheitskatalogs bislang nicht erfüllt hat und deshalb zumindest in besonders  
1123sicherheitsrelevanten Netzen nicht zugelassen werden darf. Die Diskussion hat gezeigt, wie  
1124groß die Versäumnisse der Bundesregierung sind, gerade wenn es um den Schutz besonders  
1125kritischer Infrastrukturen geht. Sie hat gezeigt, dass es weiterhin klarer rechtlicher  
1126Vorgaben für den Einsatz und die Überprüfbarkeit von Hard- und Software, neuer  
1127Haftungsregelungen, des verstärkten Einsatzes von Open Source und Open Hardware und

1128unabhängiger Aufsichtsstrukturen dringend bedarf – fernab einzelner Anbieter und auch für  
1129europäische Firmen. Nur hierdurch ist das Ziel zu erreichen, IT-Sicherheit effektiv zu  
1130erhöhen, Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern zu reduzieren und die digitale Souveränität  
1131für Europas Bürgerinnen und Bürger und seine Unternehmen zu verfolgen.

1132Regulatorische Macht für sozial-ökologische Ziele

1133Auch global sollten wir Europäer\*innen Regeln setzen und dazu unser gesamtes europäisches  
1134Schwergewicht in die Waagschale werfen. Wer in Europa Produkte verkaufen will, muss fair  
1135produzieren. Die Produktion muss im Einklang mit den Klimazielen von Paris stattfinden.  
1136Menschen- und Arbeitsrechte und der Schutz der Umwelt müssen geachtet werden. Dafür  
braucht

1137es Handelsabkommen, die ökologische und soziale Standards gegenüber Handelspartnern  
1138einklagbar machen und ein **Lieferkettengesetz**, das Transparenz und menschenrechtliche  
1139Sorgfaltspflichten für Unternehmen rechtsverbindlich macht. Wir wollen den Einsatz neuer  
1140Technologien fördern, die die Zwischenstufen im Produktionsprozess nachvollziehbar machen.  
1141So verhindern wir zum Beispiel, dass bei uns Produkte verkauft werden, deren Vorprodukte mit  
1142Kinderarbeit in Afrika hergestellt wurden.

1143Den Euro zur Leitwährung machen

1144Kaum ein Land in der EU profitiert so stark von der gemeinsamen Europäischen Währung.  
1145Anstatt sich als Exportnation zu feiern, sollte Deutschland zum Wohle und Wohlstand aller  
1146daher besonders in die Stärkung der Eurozone investieren.

1147Die wirtschaftliche Stärke Europas wird zentral davon abhängen, ob wir die **Währungsunion**  
1148**vollenden**. Bis jetzt verlassen wir uns fast vollständig darauf, dass die Europäische  
1149Zentralbank die Kohlen aus dem Feuer holt. Das darf nicht so bleiben. Dazu kommt, dass eine  
1150Währungsunion ohne makroökonomische Ausgleichsmechanismen auf Dauer nicht gut  
funktionieren

1151kann. Daher wollen wir eine **gemeinsame Fiskalpolitik** für die Eurozone, die im Abschwung  
1152beherzt gegensteuern, die Wirtschaft stabilisieren und europäische Gemeingüter finanzieren  
1153kann. Investitionen des gemeinsamen Haushalts sollten für europäische Gemeingüter wie den  
1154Klimaschutz, den Ausbau der erneuerbaren Energien, Kommunikation und Internet oder die  
1155Schieneninfrastruktur eingesetzt werden. Ein solches Eurozonenbudget, das stabilisiert und  
1156investiert, sollte mindestens ein Prozent der Wirtschaftsleistung der teilnehmenden Staaten  
1157umfassen, um makroökonomisch wirksam zu sein. Es könnte sich auch über europaweite  
Steuern

1158wie eine Digitalkonzernsteuer, eine Finanztransaktionssteuer oder einen Teil einer  
1159harmonisierten europäischen Körperschaftssteuer finanzieren.

1160Kaum ein Land in der EU profitiert so stark von der gemeinsamen Europäischen Währung.  
1161Anstatt sich als Exportnation zu feiern, sollte Deutschland zum Wohle und Wohlstand aller  
1162daher besonders in die Stärkung der Eurozone investieren. Zur Vollendung der Währungsunion  
1163braucht es nicht nur eine gemeinsame Fiskalpolitik, sondern erstens einen großen Markt für  
1164sichere europäische Anleihen und zweitens einen glaubwürdigen Rahmen für das gemeinsame  
1165Krisenmanagement. Für den Ausbau der paneuropäischen Infrastruktur wie zum Beispiel  
1166grenzüberschreitender Strom- oder Bahnnetze ist es **sinnvoll, gemeinsame europäische**  
Anleihen

1167zu schaffen, über die ein Teil dieser Investitionen im Rahmen des Eurozonenhaushalts und  
1168perspektivisch auch des EU-Haushalts über Kredite finanziert werden kann.

1169 So kann es uns gelingen, den **Euro zu einer** globalen Leitwährung auszubauen. Das ist nicht  
 1170 nur eine Frage der wirtschaftlichen Stabilität, sondern es ist auch eine zentrale Frage  
 1171 europäischer Souveränität und unserer außenpolitischen Handlungsfähigkeit.

1172 Gleichzeitig wollen wir sicherstellen, dass Europa seine Krisen selbst lösen kann. Dafür  
 1173 wollen wir den Europäischen Rettungsschirm ESM zu einem vollwertigen **Europäischen**  
 1174 **Währungsfonds** weiterentwickeln, im EU-Recht verankern und der demokratischen  
 Mitbestimmung

1175 und Kontrolle durch das Europäische Parlament unterwerfen. Für eine wirksame  
 1176 Krisenbekämpfung muss auch die Bankenunion vollendet werden. So stellen wir sicher, dass  
 1177 Banken in Zukunft einheitlich, europäisch, und nicht zu Lasten der Steuerzahler abgewickelt  
 1178 werden. Dafür benötigen wir zum einen ein glaubwürdiges Abwicklungsregime inklusive einer  
 1179 robusten Letztsicherung für den gemeinsamen Abwicklungsfonds. Zum anderen braucht es dafür  
 1180 eine **gemeinsame europäische Einlagensicherung**. Sie sollte als Rückversicherung  
 ausgestaltet

1181 sein, damit die europäische Sicherung erst eingreift, wenn die nationale überfordert ist.  
 1182 Die deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken können so weiter auf ihre bewährten  
 1183 Institutssicherungssysteme setzen. Schließlich sollte auch und gerade Deutschland mit seiner  
 1184 eigenen Fiskalpolitik viel stärker zu einem guten Funktionieren der Eurozone beitragen.

1185 Für einen **Ausgleich von makroökonomischen Ungleichgewichten** innerhalb Europas und  
 zur

1186 Stärkung der europäischen Nachfrage muss Deutschland aktiv seinen überbordenden  
 1187 Leistungsbilanzüberschuss reduzieren und den europäischen Partnern mehr Luft zum Atmen  
 1188 lassen, und darf nicht zu einer einseitigen und spaltenden Sparpolitik zurückkehren. Um dies  
 1189 zu erreichen wollen wir in Deutschland für faire Löhne besonders am unteren Ende der  
 1190 Einkommensskala sorgen und die Investitionen hochfahren. Auf EU-Ebene setzen wir uns für die  
 1191 Einführung einer europäischen Arbeitslosen-Rückversicherung als automatischen Stabilisator  
 1192 ein.

## 1193 **11. Fairer Wettbewerb statt Machtwirtschaft**

1194 Wettbewerb ist Grundlage der Marktwirtschaft und Motor des Fortschritts. Ein starkes  
 1195 Kartellrecht, das fairen Wettbewerb sichert und die Konzentration wirtschaftlicher Macht  
 1196 begrenzt, ist nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für das Funktionieren der  
 1197 Demokratie wesentlich. Es hält Märkte offen und sorgt dafür, dass sich die beste Idee  
 1198 durchsetzt und nicht stets der Platzhirsch. Fehlt der Wettbewerb, können Monopolisten hohe  
 1199 Gewinne auf Kosten der Verbraucher\*innen machen und Startups in ihrer Entwicklung  
 behindern.

1200 Eine exzessive Marktkonzentration geht einher mit der Konzentration von Vermögen und erhöht  
 1201 die Ungleichheit. Und wer Märkte kontrolliert, kann auch politische Kontrolle ausüben und  
 1202 Spielregeln mitbestimmen. **Das Wettbewerbsrecht braucht ein Update.** Digitale  
 Geschäftsmodelle

1203 ändern Geschäftsbeziehungen und Wettbewerbsdynamik. Nutzer\*innen zahlen für viele Dienste  
 im

1204 Internet nicht mit Geld, sondern mit Daten. Netzwerkeffekte machen einzelne Plattformen zu  
 1205 Giganten mit riesigen Datenschätzen. Ihre Marktmacht können sie missbrauchen, um  
 1206 Datenschutzbestimmungen abzusenken, Geschäftspartner\*innen Preise zu diktieren oder  
 1207 Konkurrent\*innen auszubooten.

Wir wollen marktbeherrschende **digitale Plattformen streng regulieren**. Wenn sie anderen Firmen den Marktzugang verwehren oder absurde Konditionen verlangen, müssen die Kartellbehörden hart dagegen vorgehen. Damit die europäische Wettbewerbspolitik den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird, brauchen wir ein **eigenständiges, europäisches Kartellamt** mit angemessenen Mitteln und Personal. Unter dem Dach dieses Kartellamtes soll eine europäische Digitalaufsicht etabliert werden, die als politisches Frühwarnsystem für kritische Marktmachtkonzentrationen und verbraucherschädigendes Verhalten fungiert, dabei insbesondere große Plattformmärkte und natürliche, digitale Monopole reguliert und sanktionsbewährte Kooperations- sowie Transparenzpflichten aussprechen kann.

Heute muss die Kartellaufsicht den Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung nachweisen, um ein Unternehmen entflechten zu können. Das ist in der Regel kaum möglich. Wir treten daher dafür ein, dass Unternehmen auch unabhängig von einem Missbrauch aufgespalten werden können, wenn ihre Marktmacht zu groß und zum Problem für Wirtschaft und Gesellschaft wird. Das Facebook-Monopol ist beispielsweise so ein Fall. Wir wollen **Instagram, Facebook und WhatsApp wieder entflechten**. Indem wir die Grundsätze der Interoperabilität, wie sie heute bei Telefon, SMS und Mail selbstverständlich sind, auf Messenger-Dienste übertragen, wollen wir den Markteintritt neuer Anbieter erleichtern und den Wettbewerb um die besten Datenschutzbestimmungen entfachen.

Wir Grüne wollen, dass das Wettbewerbsrecht im Sinne der europäischen Verträge angewandt wird. Umweltschutz und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung müssen dabei berücksichtigt werden. Die Fusionen von Bayer und Monsanto sowie weiterer Agrochemiekonzerne sind zum Beispiel nicht nur für den Wettbewerb problematisch, sondern auch für die Umwelt. Fehlende Sortenvielfalt, Pestizideinsatz und Artensterben sind die Folgen.

Außerdem sollte bei der Fusionskontrolle die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik einbezogen und um eine sicherheitspolitische Einschätzung gebeten werden.

Wer fairen Wettbewerb will, muss **Verstöße wirksam juristisch ahnden**. Der Abgasskandal hat einmal mehr gezeigt, wie Unternehmen versuchen, fairen Wettbewerb durch Betrug zu umgehen.

Wir Grüne wollen solch gemeinwohlschädliches Verhalten strikt ahnden. Wir wollen eine gesetzliche Regelung, welche die bessere Verfolgung und Sanktionierung von Straftaten ermöglicht, die aus Unternehmen heraus begangen werden. Dabei muss der Staat seine Gesetze und Verordnungen konsequent durchsetzen. Des Weiteren sollen identifizierte Gesetzeslücken geschlossen werden. Der Abgasskandal ist auch ein Beispiel dafür, dass er das nicht immer tut – denn er wurde erst durch die jahrelange Kumpanei von Autoindustrie, Aufsichtsbehörden und Politik möglich. Und um den Einfluss von Lobbyist\*innen und Interessengruppen auf den Bundestag offenzulegen, wollen wir ein **verpflichtendes öffentliches Lobbyregister** einrichten. Wer als Hinweisgeber unethisches oder strafbares Verhalten in der Wirtschaft aufdeckt, handelt im Interesse des Gemeinwohls und braucht rechtlichen Schutz vor Sanktionen



und wirtschaftlichen Nachteilen. Damit solche Missstände frühzeitig aufgedeckt und abgestellt werden, brauchen wir zudem klare und sichere Meldewege für Whistleblower\*innen. Wir wollen solche sicheren und anonymen Meldewege für digitale und analoge Daten bei öffentlichen Aufsichts- und Strafverfolgungsstellen einrichten und bekannt machen.

Bisher gibt es in Deutschland und Europa keine finanziellen Entschädigungen für die vom Dieselskandal Betroffenen. Für Einzelne ist es oft viel zu schwer, das geltende Recht auch zur Geltung zu bringen. So weigern sich etwa Fluggesellschaften, Entschädigungsansprüchen nachzukommen. Auch auf unseren Druck hin ist es gelungen, in Deutschland erstmals Musterfeststellungsklagen zu ermöglichen. Sie sind aber unzureichend, denn immer noch muss jede\* Betroffene einzeln klagen. Daher wollen wir endlich Gruppenklagen ermöglichen, um das Prozessrisiko auf viele Schultern zu verteilen.

## 12. Faire Welthandels- und Währungsordnung schaffen

Uns geht es um eine **Re-Regulierung der Globalisierung**. Die vergangenen Jahre haben gezeigt:

Eine unregulierte Globalisierung führt zur Ausbeutung von Menschen und Umwelt und beschleunigt die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Die Wohlstandsgewinne aus internationalem Handel sind ungleich verteilt. Rechtsextremisten und Nationalisten benutzen die berechtigte Kritik an Fehlentwicklungen der Globalisierung, um einen Rückfall in den Nationalismus zu propagieren. Das ist die falsche Antwort. Wir stellen eine freiheitliche und weltoffene Antwort dagegen. Richtig genutzt kann eine gute Handelspolitik Umweltschutz, Klimaschutz, Menschenrechte, Arbeitnehmer\*innenrechte und Wirtschaftsinteressen in Balance bringen. Und so die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erhalten, im globalen Süden Gerechtigkeit schaffen und Demokratieverdrossenheit bekämpfen. Wir brauchen aber auch einen

Globalen Green New Deal. Denn unsere Ökonomien und unsere Ökosysteme hängen voneinander ab.

In einer globalisierten Welt sind nicht nur die Krisen global, auch die Lösungen müssen global sein. Das bedeutet nicht abzuwarten, bis andere vorangehen. Gerade die wohlhabenden und technologisch hoch entwickelten Staaten müssen den Weg für eine grüne Wende im globalen

Maßstab ebnen.

Europa hat mit dem größten Binnenmarkt der Welt etwas zu bieten – und wir wollen dieses Angebot mit einer klaren Aufforderung zu progressiver Politik verbinden. Den Zugang zu unseren Märkten gewähren wir nur bei Einhaltung sozial-ökologischer Mindeststandards. Dadurch werden positive Auswirkungen auf Arbeitnehmer\*innen weltweit entstehen. Wenn Regierungen wirtschaftspolitische Maßnahmen ergreifen wollen, um das Pariser Klimaabkommen,

die VN-Menschenrechtskonventionen oder die Ziele der Agenda 2030 zu erfüllen, dürfen diese nicht durch Handelsverträge oder Investitionsschutzklagen erschwert oder gar konterkariert werden. Bestandteil von Verträgen sollte sein, dass alle Handelspartner\*innen sich verpflichten, den bei ihnen tätigen oder ansässigen Unternehmen eine menschenrechtliche Sorgfaltspflicht im Sinne der VN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte aufzuerlegen.

Doch hierfür brauchen wir eine **Neuausrichtung der EU Handelspolitik**. Das Mercosur-Abkommen,

1284 das die EU unter anderem mit Brasilien abschließen will, ist das letzte fatale Beispiel  
1285 einer Agenda, die Liberalisierung und Deregulierung in den Mittelpunkt stellt. Wir  
1286 kritisieren die hochproblematischen Konzernschiedsgerichte in Verträgen wie bei TTIP, CETA  
1287 oder JEFTA, die auf der anderen Seite keine effektiven Schutzmechanismen für Klima, Umwelt,  
1288 Menschenrechte, Arbeitnehmer\*innen und Verbraucher\*innen enthalten. Der brennende  
Amazonas  
1289 führt uns diese fatale Logik mehr als deutlich vor Augen, denn die zwischen der EU und den  
1290 Mercosur-Staaten vereinbarten Handelserleichterungen für Rindfleisch wirken für den  
1291 Regenwald wie ein Brandbeschleuniger. Wir wollen einen **Importstopp von Agrarprodukten**  
**aus**  
1292 **gerodeten Gebieten des Amazonas sowie von Palmöl aus dem indonesischen**  
**Regenwald.**

1293 Mittlerweile wird auch immer mehr europäischen Regierungen klar, dass die  
1294 Nachhaltigkeitsklauseln im Abkommen zahnlos sind und für das Klima, den Regenwald und die  
1295 dort heimischen Indigenen keinen ausreichenden Schutz bieten, da es keinen wirkungsvollen  
1296 Sanktionsmechanismus gibt, durch den Handelserleichterungen zurückgenommen werden  
könnten.

1297 **Wir Grüne lehnen dieses Abkommen wie auch CETA und JEFTA in ihrer bisherigen**  
**Form ab,** denn

1298 trotz einzelner Verbesserungen erfüllen sie die Bedingungen an fairen Handel nicht. Deswegen  
1299 wollen wir, dass sich die Bundesregierung im Rat für einen Stopp der Ratifizierung des  
1300 jetzigen

1301 Mercosur-Abkommens und für Nachverhandlungen mit einem neuen Mandat einsetzt. Außerdem  
ist

1302 es an der Zeit für ein **Bündnis für fairen Handel** – aufbauend auf den Korrekturen, die es  
1303 nach der umfassenden Kritik gerade auch der Zivilgesellschaft bereits gegeben hat und die  
1304 auch einige europäische Regierungen zum Umdenken gebracht haben.

1305 Die EU sollte dabei in erster Linie auf Reformen der multilateralen Handelsregeln sowie auf  
1306 einen **gemeinsamen plurilateralen Vertrag** setzen, der weltweit Standards für fairen,  
offenen,

1307 geschlechtergerechten und ökologischen Handel etabliert mit dem Ziel, die Globalisierung  
1308 gerecht zu gestalten. Bilaterale Handelsverträge können Zwischenschritte sein. Dafür müssen  
1309 diese aber offen für andere Handelspartner und so ausgestaltet sein, dass sie in ein  
1310 globales Welthandelssystem integrierbar sind. Der Fokus muss in Zukunft auf  
1311 Handelsliberalisierungen liegen, die sich positiv auf die nachhaltige Entwicklung auswirken.

1312 Starke Regeln für faire Märkte gehören dabei zum Kern von Handelsabkommen. Das beinhaltet  
1313 zentrale internationale Abkommen wie die ILO-Kernarbeitsnormen oder das Pariser  
1314 Klimaschutzabkommen. Handelserleichterungen könnten somit auch wieder aufgehoben  
werden,

1315 wenn ein Handelspartner zum Beispiel den Klimavertrag von Paris aufkündigt oder dessen Ziele  
1316 nicht einhält. Das gleiche gilt für den Verstoß gegen Menschenrechte und auch für die Nicht-  
1317 Einhaltung von Mindeststandards für Umwelt und Arbeit.

1318 Das **Vorsorgeprinzip** wollen wir zum Schutz von Umwelt und Verbraucher\*innen für alle Teile  
1319 von Handelsverträgen geltend machen. Parlamente dürfen durch Regeln zur regulatorischen  
1320 Zusammenarbeit in Handelsabkommen nicht umgangen oder geschwächt werden. Faire

1321 Handelspolitik lässt den Staaten, Regionen und Kommunen Freiräume, um Dienstleistungen so  
1322 zu

1322 organisieren und zu regulieren, wie sie das für richtig halten.

1323 Statt einseitiger Sonderklagerechte für private Investoren (ISDS/ICS) setzen wir uns für  
1324 einen **ständigen internationalen Handelsgerichtshof** ein, vor dem auch Betroffene klagen  
1325 können, wenn Unternehmen gegen Investorenpflichten im Bereich der grundlegenden  
1326 Menschenrechte, Sozial- oder Umweltstandards verstoßen. Die zugrundeliegenden Regeln, die  
1327 Unternehmensklagen ermöglichen, müssen eng begrenzt werden, um bspw. Klagen gegen  
Fracking-

1328 Verbote oder den Atom-Ausstieg auszuschließen.

1329 Lieferkettengesetz einführen

1330 Damit Menschenrechte und Umwelt in internationalen Lieferketten nicht länger unter die Räder  
1331 geraten, wollen wir gesetzliche Regeln zu Transparenz und Sorgfaltspflichten für Unternehmen  
1332 einführen. Das beinhaltet, dass die EU nachvollziehbare entwaldungsfreie Lieferketten  
1333 verbindlich durchsetzt. So kann bei Bruch von internationalen Verträgen und Verpflichtungen  
1334 ein Importstopp von Agrarprodukten wie zum Beispiel für Soja und Rindfleisch aus gerodeten  
1335 Gebieten des Amazonas verhängt werden. In der öffentlichen Beschaffung sollte Deutschland  
1336 mit gutem Beispiel voran gehen und nur noch Produkte aus nachweislich entwaldungsfreien  
1337 Lieferketten einkaufen.

1338 Transnationale Unternehmen, **die in Deutschland tätig sind**, wollen wir dafür haftbar  
machen,

1339 wenn sie innerhalb ihrer Produktions- und Ressourcenketten an Menschenrechtsverletzungen  
1340 beteiligt sind. **Wenn Unternehmen nachweislich fahrlässig gehandelt oder bewusst ihre**

1341 **Sorgfaltspflichten misachtet haben, sollen Betroffene diese in Deutschland  
zivilrechtlich**

1342 **belangen können.** Das Beispiel Frankreich zeigt, dass dies möglich ist. Unternehmen müssen  
1343 entlang ihrer Lieferketten soziale und ökologische Mindeststandards einhalten und vor allem  
1344 müssen diese transparent sein, sodass klar ist, unter welchen Bedingungen Produkte  
1345 produziert wurden. Kriege, Menschenrechtsverletzungen und Ausbeutung dürfen nicht durch  
1346 Produkte finanziert werden, die in der EU verkauft werden. Produkte, die soziale und  
1347 ökologische Mindeststandards nicht einhalten, wollen wir nicht in unseren Supermarktregalen  
1348 sehen. Wir wollen eine konsequente Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und  
1349 Menschenrechte.

1350 Und wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie sich endlich aktiv am Prozess der  
1351 Vereinten Nationen zur Erreichung eines völkerrechtlichen Abkommens (UN Binding Treaty  
1352 Prozess) beteiligt, mit dem transnationale Konzerne und andere Wirtschaftsunternehmen für  
1353 Menschenrechtsverstöße zur Verantwortung gezogen werden sollen.

1354 Wir fordern, dass in allen Handelsabkommen der EU soziale und ökologische Standards für  
1355 Unternehmen, die Produkte in die EU importieren, rechtsverbindlich verankert werden. So  
1356 sorgen wir zum Beispiel dafür, dass Smartphones, deren Rohstoffe mit Kinderarbeit im Kongo  
1357 geschürft wurden, Jeans, deren Produktion Flüsse in Bangladesh vergiftet haben oder auch  
1358 Rindfleisch aus gerodeten Gebieten des Amazonas nicht mehr länger auf den Europäischen  
Markt

1359gelangen. Daraus resultierende Importbeschränkungen stellen sicher, dass durch die  
1360Marktmacht des größten Binnenmarkts der Welt ökologische und soziale Verbesserungen  
entlang

1361der Lieferkette international durchgesetzt werden.

1362Handel nicht auf Kosten der Ärmsten

1363Entwicklungschancen für wirtschaftlich schwächere Länder müssen durch Handelsabkommen  
1364vergrößert statt verkleinert werden. Dazu gehören wirksame Klauseln zum Schutz sensibler  
1365Wirtschaftsbereiche, die Erlaubnis für Exportsteuern auf Rohstoffe, die Förderung regionaler  
1366Integration, Technologietransfer und eine angemessene Besteuerung wirtschaftlicher  
1367Aktivität. Menschenrechte und Entwicklungschancen müssen Vorrang vor reinen  
1368Handelsinteressen haben. Deshalb ist eine gewisse asymmetrische Ausgestaltung von  
Verträgen

1369zum Vorteil wirtschaftlich schwächerer Länder, aber auch in unserem Interesse.

1370Gerade die Industrieländer werden von einer stabilen Entwicklung im globalen Süden, die den  
1371Menschen Chancen, Perspektiven und Bildung gibt, ökonomisch, friedenspolitisch und  
1372klimapolitisch profitieren. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen sind dafür  
1373kontraproduktiv. Gleichzeitig fordern wir, dass die EU ihre Zölle auf verarbeitete Produkte  
1374aus Entwicklungsländern senkt oder abschafft, um die Produktion vor Ort zu fördern. Wir  
1375wollen die regionale Integration von Entwicklungsländern fördern. Und wir bevorzugen die  
1376Welthandelsorganisation und multilaterale Abkommen gegenüber bilateralen  
Handelsabkommen, da

1377die Interessen insbesondere ärmerer Länder ansonsten drohen, unter die Räder zu geraten.

1378Entwicklungschancen für rohstofffördernde Länder

1379Bei Gewinnung, Verarbeitung und Nutzung von Bodenschätzen geht es auch um  
1380Entwicklungschancen für die rohstofffördernden Länder. Der überproportionale Verbrauch von  
1381Rohstoffen in den Industrieländern gibt uns nicht das Recht auf überproportionalen Zugang.  
1382Nur eine faire Verteilung gewährleistet auch eine langfristig friedliche Zukunft. Daher  
1383setzen wir auf **internationale und kooperative Lösungsansätze**. Häufig geht der Abbau  
von

1384Rohstoffen mit gravierenden Menschenrechtsverletzungen einher. Die EU-Verordnung zu  
1385Konfliktmineralien tritt 2021 in Kraft und ist ein wichtiger Schritt, um den schlimmsten  
1386Verbrechen Einhalt zu gebieten. Wir setzen uns dafür ein, die Verordnung auszuweiten, denn  
1387bisher sind nur vereinzelte Rohstoffe abgedeckt. Gleichzeitig ergeben sich auch Vorteile,  
1388wenn der Zugang zu und der Handel mit Rohstoffen stabil und langfristig ist. Voraussetzung  
1389dafür ist, dass die menschenrechtlichen, sicherheits-, umwelt- und demokratiepolitischen  
1390Konsequenzen mitberücksichtigt und dafür jeweils Standards geschaffen werden. Diese müssen  
1391auf verschiedenen Ebenen ansetzen: im Herkunftsland, bei Investor\*innen und Unternehmen,  
im

1392Verbraucherland und auf internationaler Ebene.

1393Sichere und stabile Weltwährungsordnung schaffen

1394Nachdem in den 1970er Jahren das internationale Währungssystem „Bretton Woods“  
aufgekündigt

1395wurde – es regelte die internationalen Finanz- und Wechselkursbeziehungen – waren die  
1396Staaten nicht bereit, eine neue gemeinsame Ordnung zu etablieren. Stattdessen ließen die

1397 großen Industrienationen ihre Wechselkurse weitgehend frei schwanken und die internationalen  
1398 Finanzinstitutionen setzten sich für einen unbeschränkten internationalen Kapital- und  
1399 Finanzverkehr ein. Regelmäßige Währungs- und Finanzkrisen haben seitdem die Welt  
erschüttert

1400 und vor allem weniger entwickelte Länder wurden durch spekulative Kapitalflüsse in ihrer  
1401 Entwicklung immer wieder zurückgeworfen. Gleichzeitig sind die globalen  
1402 Handelsungleichgewichte explodiert und stellen einen neuen Herd der Instabilität dar. Wir  
1403 wollen international **im Rahmen der G20 eine Diskussion über ein neues System**  
**stabilisierter**

1404 **Wechselkurse anregen.** In der Überzeugung, dass wir so Spekulation eindämmen,  
Entwicklung und

1405 Handel fördern und Handelsungleichgewichte abbauen könnten.

1406 **Für die ärmsten Länder der Welt** ist die öffentliche Entwicklungsfinanzierung zentral. Wir  
1407 streben eine Weltwährungsordnung an, die es nicht nur den wohlhabenden Ländern ermöglicht,  
1408 langfristige Investitionen auch langfristig und damit verlässlich zu finanzieren. Dafür  
1409 müssen kurzfristige, spekulative Finanzströme reguliert, verteuert und notfalls auch  
1410 verboten werden. Wir müssen uns gegen spekulative Attacken auf Staaten und ihre Währungen  
1411 absichern. Dafür braucht es globale öffentliche Institutionen. Hier sind aber keine  
1412 kurzfristigen Erfolge zu erwarten. Um dennoch schnell zu einer Veränderung zu kommen, wollen

1413 wir, dass die Europäische Zentralbank die Auswirkungen ihrer Politik auf Entwicklungsländer  
1414 berücksichtigt und diese unterstützt. Entwicklungsländern, die durch ungerechtfertigte  
1415 Währungsspekulationen unter Druck geraten, soll sie zur Seite springen können, sofern es mit  
1416 den geldpolitischen Zielen vereinbar ist. Hierfür könnten zum Beispiel Devisenswap-  
1417 Vereinbarungen oder Art. 219 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union  
1418 (AEUV) zur Festlegung von Wechselkurspolitiken genutzt werden.

1419 Die globale Transformation bedeutet vor allem in ärmeren Ländern massive Investitionen.  
1420 Diese nachhaltig, sozial-ökologisch und auf lokale Bedürfnisse ausgerichtet bereitzustellen,  
1421 muss ein zentrales Ziel der globalen Finanzierungsarchitektur sein.

1422 Die multilateralen Finanzinstitutionen **IWF, Weltbank** und regionale Entwicklungsbanken  
können

1423 beim Erreichen der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) und dem weltweiten sozial-  
1424 ökologischen Umbau eine entscheidende Rolle spielen. Wir wollen Ländern verlässlichen Zugang

1425 zu Finanzierung der Transformationsprozesse gewähren. Dabei muss die Weltgemeinschaft für  
1426 globale Allmenden (etwa das Klima, Biodiversität, Wälder) auch im Sinne der "gemeinsamen,  
1427 aber differenzierten Verantwortung" Lastenteilung ermöglichen. Dazu gehört derzeit ganz  
1428 konkret ihr Engagement konsequent am Pariser Klimaabkommen auszurichten. Wir dürfen sie  
1429 nicht aus der Verantwortung entlassen, selbst zu einer stabilen, nachhaltigen und  
1430 armutsmindernden globalen Finanzarchitektur beizutragen.

1431 Um die notwendigen Kredite nicht zu finanziellen Bumerangs zu machen, braucht es ein  
1432 geordnetes Staateninsolvenzverfahren bei Überschuldung in Fremdwährung. Nur ein System,  
das

1433 die Interessen der Gläubiger\*innen und Schuldner\*innen austariert, führt zu adäquater  
1434 Kreditversorgung und nachhaltiger Lösung von Überschuldungskrisen. Dabei spielen die

1435aktuelle Regierungsführung und das Schuldenmanagement eine zentrale Rolle. Genauso wie  
1436korrupte Schuldnerregierungen durch Schuldenerlass nicht nachträglich für Fehlinvestitionen  
1437belohnt werden dürfen, muss „Geierfonds“ durch kollektive vereinbarte Regeln das Einklagen  
1438von Schulden verwehrt werden.

1439Wir setzen uns aktiv gegen Steuersümpfe und für eine nachhaltige Finanzierung des Gemein-  
1440wohls ein. Eine Vielzahl ärmerer Länder sind entgegen jeglicher Logik „Nettokreditgeber“ –  
1441das heißt das Geld, das ihnen über Kapital- und Steuerflucht verloren geht, übersteigt die  
1442Summe aus Direktinvestitionen, Rücküberweisungen und Entwicklungszahlungen. Wir  
unterstützen

1443daher eine aggressive Vorgehensweise gegen die organisierte Ausbeutung über Steuersümpfe  
und

1444das Bankgeheimnis. Außerdem müssen wir Staaten dabei unterstützen, solide Steuersysteme  
1445aufzubauen.

### 1446**13. Stabile und nachhaltige Finanzmärkte und sichere Anlagen**

1447Der Finanzsektor sollte eine zentrale Grundlage für die Ermöglichung realwirtschaftlicher  
1448Aktivitäten und damit der Vielfalt unserer Lebensentwürfe sein. Heute nimmt er diese  
1449positive Funktion oft nicht wahr. Daher brauchen wir klare und effektive Regeln, die die  
1450globale Finanzmarktarchitektur auf diese Aufgabe fokussiert. Dazu zählen Zahlungsverkehr,  
1451Kreditvergabe, Sparmöglichkeiten, Investitionsfinanzierung, Absicherungsgeschäfte und  
1452internationale Handelsunterstützung. Dabei gilt es, seine Funktion als Dienstleister  
1453gegenüber allen Bevölkerungsgruppen sicherzustellen und die Fähigkeit zum Umgang mit  
1454Finanzdienstleistungen staatlich zu fördern („financial inclusion“).

1455Banken und Finanzmärkte sollen dazu dienen, Bürgerinnen und Bürger attraktive  
1456Sparmöglichkeiten anzubieten und Investitionen zu finanzieren. Mit geeigneten Regulierungen  
1457und einer umfassenden Finanztransaktionssteuer wollen wir reine Spekulationsgeschäfte und  
1458vor allem den Hochfrequenzhandel unattraktiv machen. Nicht genutztes Guthaben auf so  
1459genannten nachrichtenlosen Konten, wollen wir nutzen, um einen Fonds zu schaffen, der  
1460zielgerichtet in nachhaltige und soziale Innovationen investiert, sofern keine Erbansprüche  
1461vorhanden sind. Dazu brauchen wir ein datenschutzrechtlich konformes Verfahren zur Erfassung

1462dieser Konten, deren Guthaben andernfalls in den Besitz der Banken übergehen.

1463Lokal agierende kleine und mittelgroße Banken in Deutschland, und immer stärker auch wieder  
1464im Rest der EU, stellen für die meisten Firmen die Kreditversorgung sicher. In Deutschland  
1465hat sich das Drei-Säulen-Modell aus Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Privatbanken  
1466bewährt. Deshalb wollen wir **das Lokalbankenprinzip in ganz Europa stärken**. Öffentliche  
1467Banken sind dem Gemeinwohl in besonderer Weise verpflichtet und sollten Fragen der nicht-  
1468finanziellen Berichterstattung zu sozialen, ökologischen und ökonomischen Faktoren eine  
1469Vorreiterrolle einnehmen. Sparkassen sollen Gemeinwohlberichte erstellen und transparenter  
1470werden, was die Offenlegung von Gehältern angeht.

1471Mit einem Regulierungssystem aus klaren, harten aber deutlich weniger komplexen Regeln  
1472werden kleine Banken entlastet. Unsere europäische **Schuldenbremse für Banken** - eine  
1473ungewichtete Eigenkapitalquote von zehn Prozent- stellt sicher, dass genügend  
1474Sicherheitspolster vorhanden sind. Unter EZB-Bankenaufsicht stehende systemrelevante  
Banken

1475müssen zudem zusätzliches Eigenkapital aufbauen, das sich am Risiko des Geschäftsmodells  
1476orientiert. Zusätzlich wird allen Banken ein prozentual höherer Beitrag zu den  
1477Einlagensicherungsfonds auferlegt, der die Größe und das Risiko der Bankbilanz  
1478berücksichtigt. Großbanken müssen kleiner werden. Durch ein effektives Trennbankensystem,  
1479hohe Eigenkapitalanforderungen und eine vollendete Bankenunion werden sie nicht mehr das  
1480Finanzsystem gefährden können. Die Rettung von Banken mit Geld der Steuerzahler\*innen  
gehört

1481dann der Vergangenheit an.

1482Mit den Möglichkeiten der Digitalisierung können neue Akteure auf den Finanzmärkten  
1483entstehen bzw. wachsen. Sie machen für viele den Finanz- und Zahlungsverkehr einfacher und  
1484schneller und bieten neue Anlagemöglichkeiten. Wir wollen hier klare Wettbewerbsregeln  
1485schaffen, in welchen weder Banken noch große Tech-Unternehmen ihre dominante Stellung  
nutzen

1486können, um unliebsame Konkurrenten und Innovationen zu behindern. Die Einführung eines **E-**  
1487**Euros** bietet Chancen beim Zahlungsverkehr und für neue innovative Dienstleistungen. Diese  
1488von den Zentralbanken des Eurosystems eingeführte elektronische Währung soll auch vielen  
1489Menschen im Alltag als einfaches, sicheres und bequemes Zahlungsmittel dienen. **Privates**  
**Geld**

1490wie etwa der von Facebook geplante Libra hingegen würde kein Problem lösen, aber potentiell  
1491viele neue schaffen. Eine Verdrängung kleiner Unternehmen über die Währung eines Konzerns,  
1492die Anhäufung von Zahlungsverkehrsdaten bei einem Unternehmen mit ohnehin schon  
1493problematischer Datenmacht und die Aushöhlung des staatlichen Geld- und Währungsmonopols

1494lehnen wir ab und werden Libra nicht zulassen.

1495**Versicherungen und Pensionsfonds** stecken derzeit in finanziellen Problemen, weil sich ihre  
1496Zinserwartungen nicht erfüllt haben. Die große Koalition hat wiederholt Maßnahmen  
1497eingeläutet, um die Krise der Versicherer einseitig auf Kosten der Kunden zu lösen. Diese  
1498Politik lehnen wir entschieden ab. Wir werden im Falle einer Schieflage einer Versicherung  
1499eine faire Lastenverteilung zwischen den Eigentümer der Unternehmen und der Kunden  
1500gewährleisten. Das Volumen des Sicherungsfonds Protektor ist im Falle einer Krise viel zu  
1501gering. Um Abhilfe zu schaffen, muss das Volumen des Fonds deutlich erhöht werden. Auch  
1502sollte ein europäisches Rückversicherungssystem eingeführt werden. Außerdem werden wir es  
1503nicht mehr gestatten, dass die Unternehmen Versicherungsverträge ohne die Zustimmung des  
1504Kunden weiterverkaufen.

1505Die **Finanzberatung** muss sich grundlegend wandeln. Durch Provisionen kommt es heute  
dazu,

1506dass Anleger\*innen nicht die passenden Produkte empfohlen werden, sondern die mit den  
1507höchsten Provisionen. Mit dem schrittweisen Übergang zur Honorarberatung – der Kunde zahlt  
1508die Beratung also nicht mehr indirekt über die Provision, sondern direkt an die Berater\*in,  
1509dafür ist das Produkt dann günstiger – wird sich die Qualität der Beratung verbessern und  
1510sich das Berufsbild der Berater\*innen wandeln. Als Zwischenschritt sollen Finanzinstitute  
1511Verträge mit Beitragskalkulationen inklusive und exklusive Provisionen bereitstellen.

1512Der **Finanzsektor** ist entscheidend für mehr Klimaschutz. Klimarisiken, die in Konzern- und  
1513Bankbilanzen schlummern, sollten bei der Bewertung durch Rating-Agenturen und die  
1514Finanzmarktaufsicht berücksichtigt werden, zum Beispiel durch Klima-Stresstests für Banken

und Versicherungen oder durch Aufschläge bei Eigenkapitalanforderungen zu Finanzierungen, die hohe Klima- und Umweltrisiken bergen. Besonders Finanzinstitute in öffentlicher Hand, wie deutsche und europäische Förderinstitute, aber auch öffentlich-rechtliche Sparkassen müssen ihre Investitionen in Kohle-, Öl- und Gas-Konzerne, die Geschäfte auf Kosten des Klimas machen, beenden. Zudem müssen staatliche Garantien in der Exportförderung im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen stehen.

Die Europäische Zentralbank kann ebenfalls einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Sie sollte Klimaschutzziele bei der Entscheidung berücksichtigen, welche Vermögenswerte sie als Sicherheit akzeptiert und welche sie im Rahmen der quantitativen Lockerung ankauft.

Ein Bürgerfonds für stabile und rentable Anlagemöglichkeiten

Damit die Bevölkerung in Deutschland mehr von den volkswirtschaftlichen Gewinnen der Wirtschaft profitieren kann, schlagen wir die Errichtung eines **Bürgerfonds** vor. Er soll allen Bürgerinnen und Bürgern eine Beteiligung an Wohlstandsgewinnen sichern, deren Einkommen

zu klein sind, um selbst Vermögen in Aktien, Immobilien oder anderen Werten anzusparen. In den Bürgerfonds zahlt jede Bürger\*in automatisch einen bestimmten Teil seines Einkommens ein. So stellen wir für den Fonds eine hohe Anlagesumme sicher und senken damit die Verwaltungskosten. Wer aber andere Formen der Anlage bevorzugt, kann der Einzahlung in den Bürgerfonds einfach widersprechen (Opt-out). Um Fehler von Riester zu vermeiden, wird der Fonds keine Zinsgarantien gewähren, weil sie die Rendite mindern. Sicherheit werden wir stattdessen über eine breit gefächerte, diversifizierte, nachhaltige und langfristige Anlagestrategie gewährleisten. Der Bürgerfonds bietet also Menschen, die kleine Ersparnisse haben, eine risikoarme und vor allem extrem preiswerte Anlageform. Auch die Wirtschaft wird von diesem Fonds profitieren. Denn es tritt ein gewünschter Nebeneffekt ein: Das Kapital ist nicht von einer kurzfristigen Renditeerwartung getrieben, sondern einer nachhaltigen Anlageentwicklung verpflichtet.

#### 14. Gemeinwohlorientierte Unternehmen stärken

Im Bereich der sozialen und technischen Infrastruktur (Gesundheit, Bildung, Energie, Wasser, Transport), in deren Rahmen für das Leben der Bürger\*innen grundlegende Güter und Dienstleistungen zur Verfügung gestellt werden, muss dem öffentlichen Sektor eine wichtige Funktion zukommen. Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen im Bereich der öffentlichen Pflichtaufgaben der Daseinsvorsorge lehnen wir ab, die Ausbreitung kommerzieller Träger wollen wir begrenzen. Außerdem muss die Gemeinwohlorientierung von Unternehmen gestärkt werden.

Viele Unternehmen engagieren sich bereits jetzt für ökologische und soziale Ziele. Immer mehr Unternehmen schreiben diese gesellschaftlichen Ziele parallel zum wirtschaftlichen Erfolg verbindlich fest. Diese ökonomische Bürger\*innenbewegung werden wir systematisch stärken. **Unser Ziel ist eine Gründungswelle neuer Genossenschaften und von sozial-ökologisch**

**inspirierten Unternehmen.** Dabei wollen wir auch eine Unternehmensrechtsform ermöglichen, die

eine vollständige Vermögensbindung (asset-lock) erlaubt, so dass das Unternehmen nicht mehr von Vermögenseigentümer\*innen sondern von Verantwortungseigentümer\*innen gehalten wird.



1555 Öffentliche Finanzierungsprogramme der Wirtschaftsförderung, Informationsangebote für  
1556 Gründer\*innen und Beratungsangebote für Unternehmen werden wir systematisch für alle  
1557 Unternehmungen öffnen. So wollen wir auch Genossenschaften, Social Startups und Vereine  
1558 stärken, die wirtschaftlich aktiv sind.

1559 Die Unternehmen der sozialen und solidarischen Ökonomie brauchen attraktive Rechtsformen.  
1560 Eine vereinfachte, **allgemeinverständliche Mustersatzung für Genossenschaften** wollen wir in

1561 Zusammenarbeit mit den Genossenschaftsverbänden breit zugänglich machen. Kleine  
1562 Genossenschaften werden wir von einschlägigen Auflagen des Handelsrechts entlasten. Die  
1563 Überarbeitung der Rechtsformen soll ermöglichen, dass Unternehmen der solidarischen  
Ökonomie

1564 sichtbar werden und dadurch in Deutschland und in Europa besser vertreten sind.  
1565 Sozialgenossenschaften sollen künftig nicht mehr durch ein faktisches Kombinationsverbot von  
1566 bezahlter und ehrenamtlicher Arbeit behindert werden. In eine gesetzliche Reserve  
1567 eingestellte Gewinne wollen wir von der Körperschafts- und Gewerbesteuer freistellen. So  
1568 stärken wir die Eigenkapitalbasis und Investitionsfähigkeit von Genossenschaften. Auf  
1569 europäischer Ebene setzen wir uns für ein Label von Produkten aus der sozialen und  
1570 solidarischen Ökonomie ein. Wer keinen Gewinn machen will, ist auf eine günstige  
1571 Finanzierung angewiesen. Wir wollen Sozialunternehmen diese bereitstellen, zum Beispiel über  
1572 Kreditprogramme der öffentlichen Förderbanken.

1573 So unterstützen wir die Förderung kooperativer und regionaler Unternehmensformen und damit  
1574 die Stärkung lokaler Wirtschaftsstrukturen. Damit begünstigen wir engere Beziehungen  
1575 zwischen Konsumierenden und Produzierenden und regionalisieren Wertschöpfungsketten.

1576 Zugleich gilt es, den **Bürgerenergiegenossenschaften** die regulativen Fesseln abzunehmen,  
1577 damit sie wieder zu kraftvollen Akteuren der Energiewende werden. Wir wollen die EU-  
1578 Richtlinie über den Elektrizitätsbinnenmarkt so wirtschaftsfreundlich in deutsches Recht  
1579 übersetzen, dass die Bürgerenergie umfassend gestärkt wird. Beim Mieterstrom wollen wir  
1580 hinderliche Preisvorgaben abschaffen, um dezentrale Investitionen in Erneuerbare zu  
1581 ermöglichen.

1582 Viele Unternehmen engagieren sich im Rahmen der Gemeinwohlökonomie. Wir wollen, dass  
auch

1583 Unternehmen im Bundesbesitz **Gemeinwohlbilanzen** erstellen oder in die Finanzbericht  
1584 integrierte sozial-ökologische Kriterien gleichwertig mit den finanziellen Kriterien  
1585 berichten. Eine Verankerung von Gemeinwohlbilanzen oder der integrierten Bilanzierung von  
1586 sozial-ökologischen Kriterien wollen wir über die CSR (Corporate Social Responsibility-)  
1587 Richtlinie hinaus im europäischen und deutschen Recht verankern. Auch heutige  
1588 gewinnorientierte Rechtsformen wie die Aktiengesellschaft sollen sich per Mehrheitsbeschluss  
1589 künftig andere Ziele geben können als die Maximierung des Profits, ohne dass sie dem Risiko  
1590 ausgesetzt sind, dass Minderheitsgesellschafter dagegen klagen.

## 1591 **15. Investitionen solide und gerecht finanzieren**

1592 Wir wollen die **öffentlichen Investitionen deutlich steigern**. Ein Land, in dem jede achte  
der

1593 insgesamt 40.000 Brücken marode ist, das weniger Geld in Bildung steckt als fast all seine  
1594 Nachbarländer, das für seine Funklöcher berüchtigt ist statt berühmt für seine Smartphones,

1595 ein solches Land lebt von vergänglicher Substanz. Es wird dauern, die politischen Vorzeichen  
1596 auf Vernunft zu drehen. Umso wichtiger ist es, jetzt damit zu beginnen. Investitionen  
1597 schaffen öffentliche Güter. Sie kosten Geld, aber wenn in das Richtige, Zukunftsfähige  
1598 investiert wird, schaffen sie Wohlstand. Jede Ausgabe, die der Staat so tätigt, führt in der  
1599 Wirtschaft zu Einnahmen und es werden Jobs geschaffen. Für einen Euro, den wir klug  
1600 investieren, kann unsere Wirtschaftsleistung um deutlich mehr als einen Euro steigen. Eine  
1601 stärkere Investitionspolitik steht dabei auch im Zeichen der Generationengerechtigkeit, denn  
1602 zukünftige Generationen haben nichts davon, wenn sie in ein paar Jahrzehnten zwar mit einer  
1603 Schwarzen Null, aber auch einer vollkommen kaputt gesparten Infrastruktur dastehen.

1604 Wir wollen diese Investitionen finanzieren, indem wir Fehlanreize abstellen, Gelder  
1605 umschichten und gezielt Investitionen über Kredite ermöglichen. Wir unterscheiden dabei  
1606 zwischen einmaligen Investitionen und dauerhaften Ausgaben. Diese dauerhaften Ausgaben  
zum

1607 Beispiel für Bildung und Gerechtigkeit sind für den sozialen Ausgleich und den Zusammenhalt  
1608 der Gesellschaft essenziell. Diese dauerhaften Ausgaben wollen wir durch laufende  
1609 Steuereinnahmen, eine gerechtere Besteuerung von Vermögen und die Bekämpfung von  
1610 Steuerbetrug und -umgehung gegenfinanzieren.

1611 Bisher scheitern Investitionsprogramme auch an mangelnden Kapazitäten in der Bauwirtschaft  
1612 oder in den Planungsabteilungen des öffentlichen Dienstes. Unsere Investitionspolitik ist  
1613 deshalb verlässlich und langfristig angelegt, so dass sowohl die private Bauwirtschaft als  
1614 auch der öffentliche Dienst wieder mehr Kapazitäten aufbauen können. Wir investieren  
1615 dauerhaft und nachhaltig.

1616 Investitionsgesellschaften gründen

1617 Viele Investitionen schaffen werthaltige Wirtschaftsgüter, mit denen sich Einnahmen erzielen  
1618 lassen. Eine Stromleitung erzielt Einnahmen durch den durchgeleiteten Strom. Das gleiche  
1619 gilt analog für Ladeinfrastruktur für Elektroautos, Breitband für Internet und vieles  
1620 andere. Um diese Investitionen effizient durchzuführen, werden wir sie jeweils in  
1621 öffentlichen Investitionsgesellschaften bündeln, darüber finanzieren und stringent managen.  
1622 Damit werden wir nachhaltige Werte für die nächste Generation schaffen, die sich auch  
1623 wirtschaftlich rechnen, insbesondere in Zeiten von Nullzinsen, ja mitunter sogar negativer  
1624 Zinsen.

1625 Die grundgesetzlichen Regelungen zur Schuldenbremse sehen vor, dass die Verschuldung von  
1626 **öffentlichen Gesellschaften** wie zum Beispiel der Bahn, Wohnungsbaugesellschaften oder  
1627 öffentlichen Krankenhäusern nicht auf die Schuldenbremse angerechnet werden. Das gleiche  
1628 gilt für die neu zu gründenden Investitionsgesellschaften. Daher werden wir sie aus dem  
1629 Investitionsfonds mit genügend Eigenkapital ausstatten, damit sie sich wie jedes private  
1630 Unternehmen auch am Finanzmarkt selbst zusätzliches Kapital besorgen können. Der Bund gibt  
1631 für diese Kreditaufnahme eine Staatsgarantie. So könnte der Bund zum Beispiel eine  
1632 Ladesäulengesellschaft neu gründen, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben für  
1633 Wohnungsneubau und Gebäudesanierung eine Kreditaufnahme erlauben und die  
Verschuldungsgrenze

1634 bei der Deutsche Bahn erhöhen. **Good Governance** und demokratische Beteiligung sollen für  
1635 Transparenz und Kontrolle sorgen. Die Regierung muss steuern können und für Parlament und  
1636 Öffentlichkeit müssen Entscheidungen und Mittelverwendung transparent sein. Die

1637 Privatisierung dieser Gesellschaften wollen wir dauerhaft ausschließen, damit öffentliches  
1638 Vermögen auch öffentlich bleibt.

1639 Die Begrenzung der Staatsschulden mit Investitionen in Infrastruktur kombinieren

1640 Es war richtig, dass sich Deutschland Regeln gegeben hat, die dafür sorgen, dass es nicht zu  
1641 exzessiver Verschuldung der öffentlichen Hand kommt. Sie haben – gemeinsam mit der  
1642 Geldpolitik der Europäischen Zentralbank – geholfen, die Verschuldung einzudämmen. In  
1643 Deutschland ist die Schuldenquote so von 80 Prozent auf unter 60 Prozent der  
1644 Wirtschaftsleistung zurückgegangen. An diesem Erfolg wollen wir festhalten.

1645 Aber nicht nur Schulden im Haushalt sind Schulden. Wenn wir jetzt nicht in Bildung,  
1646 Innovation und Forschung sowie in Maßnahmen zum Klimaschutz investieren, verspielen wir  
1647 unseren zukünftigen Wohlstand. Außerdem würden die Finanzmärkte, die immer auch sichere  
1648 Anlagemöglichkeiten wie Staatsanleihen brauchen, bei einem immer geringeren Schuldenstand  
1649 nicht mehr stabil funktionieren, weil ihnen sichere Anlagemöglichkeiten fehlen. **Wir wollen**  
1650 **daher die Schuldenbremse im Rahmen der europäischen Stabilitätskriterien**  
**weiterentwickeln**

1651 **und sie mit einer verbindlichen Investitionsregel verknüpfen.** Wenn der Bund mehr  
investiert

1652 als sein Vermögen an Wert verliert – wenn er also neue Werte schafft – soll dies auch durch  
1653 die Platzierung von neuen Anleihen finanziert werden können. **Die öffentlichen Investitionen**

1654 **sollen mindestens so hoch sein, dass sich das öffentliche Vermögen nach Abnutzung**  
**und**

1655 **Wertverlusten mindestens im Gleichklang mit der Wirtschaftsleistung bewegt.**

1656 Diese Möglichkeit ist für Deutschland entsprechend den europäischen Vorgaben daran  
gebunden,

1657 dass die öffentliche Schuldenquote unterhalb der Maastricht-Marke von 60 Prozent des BIP  
1658 liegt und das strukturelle Defizit maximal ein Prozent der Wirtschaftsleistung beträgt.

1659 Durch diese Beschränkungen ist sichergestellt, dass die Schuldenquote sogar weiter fallen  
1660 würde. Das gilt umso mehr, als dadurch zusätzliche Nachfrage und damit wirtschaftliche  
1661 Entwicklung entsteht. Gerade im Falle eines bevorstehenden Abschwungs halten wir diese  
1662 Möglichkeit für sinnvoller als etwa pauschale Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen, denn

1663 diese würden den Abschwung noch verschärfen. Das wäre das Gegenteil einer nachhaltigen  
1664 Finanzpolitik.

1665 Durch unseren Vorschlag dürfte der Bund im Durchschnitt etwa 35 Milliarden Euro pro Jahr  
1666 Kredite aufnehmen. Diese Gelder wollen wir in einen **Bundesinvestitionsfonds** überführen,  
der

1667 als Sondervermögen im Bundeshaushalt nicht der Jährlichkeit des Haushalts unterliegt. Er  
1668 kann dann zweckgebunden investieren und auch eine stärkere antizyklische Wirkung entfalten.  
1669 Um den Investitionsfonds abzusichern und sauber zu implementieren, streben wir eine  
Änderung

1670 des Grundgesetzes an.

1671 Für eine optimale Steuerung von Staatsschulden und Investitionen erhalten Länder und  
1672 Kommunen einen verbindlich vereinbarten Anteil aus den Mitteln des Bundes-Investitionsfonds,

1673an dem alle Länder partizipieren und selbst entscheiden können, für welchen der vorgegebenen

1674investiven Zwecke sie die Mittel einsetzen.

1675Es ist richtig, dass die Maastricht-Kriterien die Staatsverschuldung auch auf europäischer  
1676Ebene begrenzen. Bei der anstehenden Reform wollen wir die Anreize für staatliche  
1677Investitionen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts verbessern. Zum Beispiel indem  
1678Investitionsausgaben bei der Berechnung der Defizitquoten ähnlich wie private Investitionen  
1679über mehrere Jahre abgeschrieben werden können. Damit stärken wir öffentliche Investitionen  
1680gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs. Außerdem unterstützen wir Bestrebungen,  
1681die Europäische Investitionsbank in eine Bank für Investitionen für die sozial-ökologische  
1682Transformation umzubauen und setzen uns für einen stärkeren europäischen Haushalt ein. Wir  
1683kommen beim Klimaschutz, bei Innovationen und dem sozialen Zusammenhalt besser und  
schneller  
1684gemeinsam voran. Dafür sind wir auch bereit, einen größeren deutschen Beitrag für diesen  
1685europäischen Mehrwert zu verteidigen.

16861 Wir beschreiben im Antrag „Handeln – und zwar jetzt“ ausführlich unseren Maßnahmenplan  
für  
1687einen radikal realistischen und sektorenübergreifenden Klimaschutz.